

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Befraggeb. Telefonon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. - Bertag in Leipzig: Tauschaer Straße 19/21 - Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Bfg., bei Planvorricht 40 Bfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Bfg. Familienanzeigen von Privatent die 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausm. die 10gepalt. Kolonelle 40 Bfg. bei Planvorricht. 50 Bfg. Reklameseite 2,25 Mk.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabtheile und alle Postämter entgegen

Hoover zum Präsidenten von USA gewählt!

Sicher!

21 New York, 7. November. Nach den bislang vorliegenden Meldungen erscheint die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten als gesichert

Große Mehrheit!

21 New York, 7. November.

Der Vorsitzende des Demokratischen Parteiaususses bestätigt um 7 Uhr morgens Mittelenuropäischer Zeit die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wie jetzt bekannt wird, ist die Stimmenmehrheit für Hoover im Osten und im mittleren Westen der Staaten ganz außerordentlich. Sie dürfte in New York etwa 100 000, in Ohio etwa 600 000, in Illinois 400 000, in Massachusetts 100 000, in Wisconsin 30 000, in Missouri 30 000, in Indiana 10 000, in Kentucky 150 000 und in Pennsylvania 600 000 betragen.

21 New York, 7. November.

Nach den letzten Zählungen kann Hoover jetzt als sicher bereits 387 Stimmen auf sich vereinen, während es Coolidge 1924 nur gelang, 384 Stimmen zu erreichen. Nach einer New Yorker Schätzung glaubt man, daß Hoover insgesamt etwa 450 Stimmen von 531 bekommen wird. Die demokratische traditionenmäßige Überlegenheit in den Südstaaten scheint ebenfalls gebrochen zu sein und große Massen der Demokraten sind zu den Republikanern übergetreten.

Vorläufige Resultate aus USA

21 New York, 6. November.

Die Wahlbeteiligung im ganzen Lande ist so reger, daß vielfach die Bekanntgabe des Endergebnisses in einzelnen Wahlstellen schon vor dem offiziellen Schluß erwartet wird. Es laufen bereits Teil-

ergebnisse, namentlich aus dem Süden und dem mittleren Westen, ein, wobei bei denen im Süden, hauptsächlich in den ländlichen Bezirken, Smith die Führung hat, während im mittleren Westen und in einigen Atlantikstaaten anscheinend Hoover an erster Stelle steht. Teilergebnisse aus Texas weisen einen scharfen Kampf zwischen beiden Kandidaten auf. In Atlantic City Philadelphia und einigen andern Orten ist es zu geringeren Zusammenstößen zwischen republikanischen und demokratischen Vereinen gekommen, da bei der Stimmabgabe angeblich Betrügereien verübt worden sein sollen.

In der Stadt New York wurden etwa 100 000 Stimmen mündlich abgegeben. Die Stimmabgabe geht besonders schnell vonstatten in Bezirken, in denen Wahlmaschinen benutzt werden. Bis 15 Uhr hatten etwa 75 Prozent aller Stimmberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Wahlbeteiligung in den Südstaaten war ungewöhnlich stark, namentlich seitens der Frauen. Die bis 17 Uhr vorliegenden Teilergebnisse aus verschiedenen Landesteilen lassen keine ungewöhnlichen parteipolitischen Verschiebungen erkennen.

Smith gratuliert

21 New York, 7. November.

Gouverneur Smith, der die Wahlergebnisse im New Yorker Hauptquartier der Demokraten entgegennahm, ohne sich zunächst dazu zu äußern, sandte gegen Mitternacht, als sich das Ergebnis der Wahlen überblicken ließ, folgendes Telegramm an Hoover: „Ich beglückwünsche Sie herzlich zu Ihrem Sieg und bitte Sie, meine besten und aufrichtigsten Wünsche für Ihr Körperliches und seelisches Wohlergehen und für den Erfolg Ihrer Regierung entgegenzunehmen.“

Der Franken war bald stabilisiert. Aber Poincaré hatte es mit der gesetzlichen Stabilisierung nicht so eilig. Er zögerte, sie immer und immer wieder hinaus, und wenn die Radikalsocialisten einmal Miene machten, sich den reaktionären Gesellen Poincarés zu widersetzen, dann drohte er nicht nur mit seinem Rücktritt, sondern versicherte auch, daß damit das ganze Werk der Währungsstabilisierung vernichtet werde. Das genügte in Dutzenden von Fällen, um die gewaltige Mehrheit der Kammer zu einem Vertrauensvotum zu veranlassen.

Die Wahlen in diesem Frühjahr haben an der Zusammenfassung der Kammer im wesentlichen nichts geändert. Poincaré, der vor allem als ein Hindernis der deutsch-französischen Verständigung bezeichnet wurde, siegte, und das Kabinett regierte in der alten Zusammenfassung weiter. Die Radikalsocialisten hatten sich im Wahlkampf zum Teil recht scharf gegen Poincaré ausgesprochen und sie redeten sogar von der Wiederherstellung des Linksartikels, also einer mehr oder weniger offenen Koalition mit den Sozialisten. Trotzdem blieben sie in der „nationalen Konzentration“. Der Widerstand, der sich gelegentlich in der eigenen Partei regte, wurde von Herriot beschwichtigt. Aber für die Dauer reicht selbst die stärkste Phrase nicht aus, um die Klasseninteressen zu verdecken, die sich in der Politik durchsetzen. Die Kleinbäuerlichen und Kleinrentnerischen, die in der Radikalsocialistischen Partei einen starken Ausschlag geben, haben immer wieder, und zuletzt auf dem Montagabend zu Ende gegangenen Parteitag ihrer Unzufriedenheit deutlich Ausdruck gegeben. Es sind da in Angers, wo der Parteitag stattfand, recht radikale Beschlüsse gefaßt worden, in denen die Partei zur Vertretung von Mindestforderungen verpflichtet wird, die sie als Teil der „nationalen Einigung“ nicht vertreten kann. Aber dennoch wollte der Parteitag nicht, daß die Minister aus dem Kabinett austreten. Obwohl mit seinen Beschlüssen die Politik des Kabinetts Poincaré mißbilligt wurde, sprach der Parteitag den radikalsocialistischen Mitgliedern dieses Kabinetts gleichzeitig seinen Dank aus. Widerspruch und Habheit, die das radikaliserende Kleinbürgertum schon stets ausgezeichnet haben!

Daß es im Anschluß an diesen Parteitag dennoch zu einer Regierungskrise gekommen ist, ist weniger ein Erfolg einer klaren Stellungnahme, als vielmehr ein Erfolg der geschickten Taktik Poincarés. Zwar haben die vier Minister Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier eine im letzten Augenblick vorgenommene Verschärfung der Rundgebung des Parteitages zum Anlaß genommen, um ihre Demission einzureichen. Doch selbst, wenn damit die gesamte Kammerfraktion der Radikalsocialisten dem sechsten Kabinett das Vertrauen entzogen hätte, würde Poincaré noch immer über eine sichere Mehrheit verfügen. Wenn er trotzdem die Gesamtdemission einreichte, so tat er es einmal, um den Radikalsocialisten einen Schlag zu verfehlen und zum andern, sich durch einen günstigen Ausgang seine Popularität zu erhalten und womöglich noch zu steigern. Beides dürfte er wahrscheinlich erreicht haben. Schon wenige Stunden nach seinem Rücktritt gilt es allgemein als sicher, daß kein anderer als Poincaré selbst der Nachfolger Poincarés werden wird. Da im französischen Parlament die Grenzen der Parteien nicht so scharf gezogen sind, da auch die einzelnen Parlamentarier sich nicht an eine straffe Parteidisziplin gebunden fühlen, hat der wiedererwählte Poincaré ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Er kann bis zu einem gewissen Grade der Kammer die neue Regierung diktiert, die er haben will. Denn wie anderswo, so liebt auch in Frankreich der Bürgersmann die Ruhe und die Ordnung, die ihm Poincaré vor zweieinhalb Jahren wiedergegeben und seitdem erhalten hat und von ihm hofft er, daß er sie ihm weiter erhalten wird.

Bei der Beratung des Budgets wäre es zu ernststen Differenzen, vielleicht sogar zum Bruch gekommen. Möglicherweise wäre dann Poincaré der Geschlagene gewesen. Heute ist er es nicht und es eröffnet sich ihm die Aussicht, daß er nach einer längeren oder kürzeren Regierungskrise vor die Kammer tritt, die dann weniger Entschlossenheit zeigen wird, den Konzeptionen an die katholische Kirche, der Erhöhung der Rüstungskredite, der Steuerpolitik und den reaktionären Vorstößen des Herrn Poincaré, gegen Koalitionsfreiheit der Beamten u. a., ernsthaften Widerstand zu leisten. Der Rücktritt von der Regierung in diesem Augenblick ist ihm ein Mittel, um als künftiger Ministerpräsident Schwierigkeiten leichter Herr zu werden, als es ihm bei einem Verbleiben möglich gewesen wäre. Ein politischer Kurswechsel steht jedenfalls nicht in Aussicht.

Wir wollen uns in Kombinationen über die endgültige Lösung der Krise nicht einlassen. Sicher scheint uns nur, daß ein neues Linksartikell, von dem auch orafest wird, völlig ausgeschlossen ist. Nicht nur, daß es in der Kammer über keine Mehrheit verfügt, vor allem sind es die Sozialisten, bei denen gerade jetzt diejenigen, die für ein enges Zusammengehen mit den Radikalsocialisten sind, nur eine Minderheit bilden.

Die „nationale Einheit“ in Scherben

Kabinett Poincaré zurückgetreten

21 Paris, 6. November.

Vor dem Ministerrat, der heute vormittag stattfand, haben die vier radikalen Minister Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier sich ins Finanzministerium begeben und eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré gehabt. Sie haben ihm mitgeteilt, daß sie auf Grund der Beschlüsse des radikalen Kongresses von Angers sich gezwungen gesehen, bei ihm ihre Demission zu übergeben. Nach dieser Unterredung hat Ministerpräsident Poincaré sich ins Elysee begeben, wo der Ministerrat stattfinden sollte. Der Präsident der Republik hat die übrigen Minister allein gelassen. Davor diese unter sich in voller Freiheit über die Lage beraten, die durch die Demission der vier radikalen Minister geschaffen worden ist.

21 Paris, 6. November.

Der Rücktritt der vier radikal-socialen Minister hat die Demission des Gesamtkabinetts nach sich gezogen. Nach einstündiger Beratung haben die um Poincaré vereinigten Mitglieder des Hauptkabinetts beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Komter zur Verfügung zu stellen. Poincaré begründet in dem Demissionschreiben den Rücktritt mit der von ihm für unerlässlich gehaltenen Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, die durch den Rücktritt der radikal-socialen Minister gebrochen sei.

Dazu wird uns aus Paris geschrieben:

Die Demission des Kabinetts Poincaré, die am Dienstag so unerwartet erfolgte, hat in allen politischen Kreisen in Paris wie eine Bombe gewirkt. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß die Grundlage des Kabinetts, die „nationale Einheit“, so wurmfressig geworden war, daß das Kabinett sich nach allgemeiner Ansicht gerade noch knapp bis über die Annahme des Budgets hinaus, also bis zum neuen Jahre, hätte retten können. Poincaré dagegen hat eine sehr geschickte Taktik verfolgt. Sein Kabinett war tatsächlich abgenutzt, dadurch aber, daß es eine Minute vor seinem natürlichen Tode freiwillig demissionieren konnte, scheitert Poincaré mit ungebrochenem Prestige aus seinem Amt. Poincaré hätte, wenn er am Dienstagmittag mit der Vertrauensfrage vor die beiden Häuser des Parlaments getreten wäre, sicherlich in der Kammer eine Dreiviertelmehrheit, im Senat sogar eine beinahe einstimmige Mehrheit erhalten können.

Die parlamentarische Lage ist vorläufig noch vollkommen un-

geklärt. Die „nationale Einheit“ ist nun, wo sie einmal auseinandergefallen ist, endgültig tot und begraben. Da sich Poincaré in seinem Demissionschreiben aber nochmals auf sie als die einzige gangbare politische Formel festgelegt hat, scheidet er vorläufig als Kandidat für die neue Regierungsbildung aus. Trotzdem wird natürlich der Präsident der Republik, Doumergue, das Unmögliche versuchen, ihn wieder zur Annahme zu bewegen.

Noch bevor die Kammer zusammengetreten war, ist das Kabinett Poincaré zurückgetreten. Der Ministerpräsident hat das Ausschneiden der vier radikalsocialistischen Minister zum Anlaß genommen, mit seinem ganzen Kabinett zu verschwinden. Die Regierung der „Nationalen Union“ ist vorläufig wenigstens zu Ende. Fast zweieinhalb Jahre hat Poincaré diese Gruppierung zusammengehalten und die politischen Geschicke Frankreichs geleitet. Zwei Jahre nach seiner großen Niederlage in den Wahlen von 1924 kam er wieder oben auf. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Demokratie und der mächtige Einfluß der kapitalistischen Schichten trug ihn in einer Zeit an die Spitze der Regierung, in der das gesamte Bürgertum keinen Ausweg aus der angstvollen Lage des Währungszusammenbruchs sah. Das Kabinett des Linksartikels mit seinem Ministerpräsidenten Herriot scheute sich, den Weg der Frankensanierung zu gehen, den ihm die zur Unterstützung entschlossenen Sozialisten wiesen. Die zögernde Unentschlossenheit ermunterte damals die Bank- und Industriekapitalisten in Frankreich zu den gleichen Manövern, die von denselben Schichten 1923 in Deutschland durchgeführt worden waren. Das Gespenst einer riesigen Inflation wuchs empor. Regierungen kamen und stürzten in wenigen Tagen, bis dann die ganze Kammer sich, mit Ausnahme der Sozialisten, in die Arme des Retters Poincaré warf. Der bildete das „Kabinett der nationalen Konzentration“, als dessen höchste Aufgabe er immer wieder die Durchführung der Frankensanierung erklärte. Und da nach dem Zusammenstoß aller kapitalistischen Schichten und der geängstigten Rentner die Gefahr „sozialistischer Experimente“ nicht mehr bestand und Poincaré das uneingeschränkte Vertrauen des Bank- und Schwerkapitals genoss, so bestand für die Inflationsstieher kein Grund mehr, ihr Treiben fortzusetzen. Die „Sicherheit“ lehrte zurück und alle waren des Lobes voll über Poincarés erfolgreiche Politik.

Bravo Paul!

Klara Zetkin über den Korruptionssumpf in der SPD

Paul Böttcher hat im Bunde mit Tittel und Lehmann-Thüringen sowie Krottschilg-Brosan auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz der SPD gegen die Resolution über den 6. Weltkongress gestimmt.

Wir berichteten bereits, daß die für die kommende innerparteiliche Diskussion der SPD entscheidende politische Resolution, die auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz gefaßt worden ist, mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Die Rote Fahne teilt nunmehr — die Absicht liegt vollkommen klar — die Namen der vier Liquidatoren, wie auch die der Führer der Versöhnlergruppe mit, die vor der Abstimmung eine besondere Erklärung abgegeben hatten. Unter den führenden Hauptnern der Versöhnler findet man u. a. den Leipziger Post-Sekretär, Georg Schumann, während Paul Frölich zur Gruppe der Liquidatoren gehört. Demzufolge verharren die Führer der Leipziger SPD erstens weiterhin im Kampfe gegen den Korruptionssumpf des Mameluden J.-K., und das offene Eintreten Paul Böttchers für seine Ueberzeugung soll auf seiner Habenseite gewertet werden.

Paul Böttcher revoltiert offen gegen die derzeit führenden Hauptner der SPD. Das ergibt sich aus dem Inhalt der politischen Resolution, die naturgemäß wiederum handwurm-artig fünf Zeitungsipalten umfaßt. Die entscheidenden Absätze 9 und 10 beschäftigen sich mit der „Rechtsgeschichte im eigenen Lager“ und dem „Kampf gegen den versöhnlerischen Standpunkt gegenüber den rechten Strömungen“. Artikel 9 geht von den Beschlüssen des 6. Weltkongresses aus, wonach die „rechten Abweichungen... bei dem Bestehen von relativ starken, sozialdemokratischen Parteien besonders gefährlich“ sind, „daher muß der Kampf gegen diese Abweichungen in den Vordergrund gerückt werden“. Die rechte Fraktion versuche die SPD „vom Wege der proletarischen Revolution auf den Weg des demokratischen Reformismus zu stoßen“. Armer Paul, wer hätte das je gedacht, als du die blutrote Fahne der Spartakisten 1920 siegesbewußt in deine Hände nahmst. Aus dieser Definition ergibt sich dann alles Weitere. Die Liquidatoren verstehen „eine Annäherung an die Sozialdemokratie, besonders an ihre linken Führer“, die gefährlichsten Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse.“

Die Brandlerianer entwickeln sich „vom Standpunkt des Opportunismus zum Standpunkt des Liquidatorentums“, und als Kennzeichen der Böttcherischen Auflösungskampagne werden in Parenthese folgende Anklagepunkte festgelegt. Sie lauten:

„Antibolschewistische Verleumdungen und Beschimpfungen des Kommunismus, Unterstüßung der sozialdemokratischen verleumderischen „Korruptions“-Hehe gegen die SPD, offene Aufforderung zur Wilschaftuna der Parteidisziplin und zum Bruch der internationalen Statuten, „Theorie“ des „Zusammenbruchs“ der SPD und der „Entartung“ der Kommunisten, die „an Haupt und Gliedern reformiert werden müßte“.“

Das also sind die Verbrechen, deren Paul Böttcher und Paul Frölich vom J.-K. beschuldigt werden. Dann heißt es zusammenfassend über die Untriebe der Liquidatoren:

„Die Führer der rechten Fraktion gingen in der letzten Zeit von der Theorie und Praxis des Liquidatorentums zur Praxis des Renegatentums, des Parteiverrats über...“

Das ist reichlich viel für die führenden Hauptner der Kommunistischen Partei Westsachsens, und die Schlussfolgerungen ergeben sich damit ganz von selbst. Dies um so mehr, als sich der „Halbblut“ auch der „Absehnung der Parteibeschlüsse zur Frage der Kampagne des Panzerkreuzerbaus“ (Hört, hört! Die Red.) schuldig machte. Die Parteiarbeiterkonferenz kam daher zu folgenden Erkenntnissen: Erstens hinsichtlich der Versöhnler:

„Die Parteiarbeiterkonferenz verurteilt dieses Doppelspiel der versöhnlerischen Gruppe aufs schärfste und fordert die gesamte Parteimitgliedschaft auf, den systematischen Kampf gegen diese, die Partei schädigende Politik bis zu ihrer vollständigen Liquidierung fortzusetzen.“

Und am Schluß werden im Kampfe gegen die Liquidatoren folgende Richtlinien aufgestellt:

„Schonungsloser bolschewistischer Kampf und entschlossene Anwendung der Parteidisziplin gegen die rechte Fraktion. Vollständige Liquidation des Liquidatorentums.“

Damit ist dem großen Paul das Urteil gesprochen worden. Er hat gegen die Resolution der Mameluden gestimmt. Ein letztes „Heldenstück“ gegen die einst vergötterte Partei, und wir werden uns auf die Totenrede einzurichten haben, die notwendigerweise an der Bahre des heuchlerisch gemordeten einstigen Helden der Kommunistischen Partei, den Cäsar aus Leipzig, gehalten werden muß.

Aber Paul Böttcher ist ja nur ein Glied in der Gruppe des Liquidatorentums. Die geistigen Hauptner dieser nummernreichen „Renegaten“ sind Brandler und Thalheimer, die einen erbitterten unterirdischen Kampf in der Form der einstigen Spartakusbriefe — Thalheimer hat sich darin besondere Fähigkeiten erworben — gegen die Zentrale richten. Jetzt ist die SPD in der Lage, Auszüge aus derartigen Rundschreiben zu publizieren. In einem derselben wird gesagt: „Was wird gespielt?“ und dann äußert sich Thalheimer, der Mitbegründer der SPD, über seine Partei, die „politisch und teilweise auch moralisch am Rande des Bankrotts“ stehe. Um der gegen ihn eingeleiteten Hehe, als ob er „Agent des Sozialdemokratismus“ sei, zu begegnen, erklärt er:

„Ja, ich habe kein Genüge daran gefunden, im Marx-Engels-Institut in Moskau mich in die alte Parteigeschichte zu vergraben oder in der kommunistischen Akademie philosophische Vorzüge zu halten, während ich sah, wie die Partei, mit der ich seit ihrem Bestehen verbunden bin, zu deren Werden und Wachsen ich in den schwersten Jahren des Kampfes mein Scherflein beigetragen habe, wie diese Partei als politischer Kampfakt mehr und mehr zur Einflusslosigkeit herabgemindert wird. Ich habe mich nicht begnügt, in philosophischer Gemütsruhe diesem schmerzlichen Geschehen zuzusehen und ein stilles und angenehmes Beamtenleben in Sowjetrußland zu führen. Ich habe mich vielmehr, wie Genosse Brandler, mit allen Kräften bemüht, an den Kampfschauplatz zu kommen und nach meinen bescheidenen Kräften helfend einzugreifen. Darin besteht meine Vorliebe für die „Hindenburg-Republik“.“

Aber hier stich ich sofort auf die erbitterteste und heimtückischste Sabotage der Thalmann-Deute, der Mehrheit der jetzigen Zentrale. Sie witterten in mir einen entschlossenen Gegner ihrer politischen Unfähigkeit und ihres falschen Kurses.“

Thalheimer spricht weiter von der „Dunkelkammer des J.-K.“, von „grobem Schwundel“, von „zweipaltigen, dunklen und lächerlichen Wandern, die vom J.-K. angewandt wurden“, von „bureaucratischer Mißwirtschaft“ und von der „Ausschaltung der Mitgliedschaft von der politischen Mitbestimmung“. Er beschimpft der Zentrale weiterhin „bureaucratische Entartung“, „charakterloses Mameludentum“ und sagt dann weiter:

Der Hungerkrieg gegen die Ruhrarbeiter

Das Kampfziel des Stahltrüsts

In Düsseldorf, 5. November.

Die Deutsche Bergwerkszeitung bringt in ihrer Dienstag-Ausgabe ein bemerkenswertes Interview mit dem bekannten Führer der westdeutschen Eisenindustrie, Direktor Dr. Helmuth Voensgen. Auf die Frage, um welches Ziel Arbeit-Nordwestkämpfe, antwortete Dr. Voensgen:

„Wir kämpfen in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft, für die Aufrechterhaltung des deutschen Preisniveaus, für die Rentabilität der Wirtschaft und damit für die gesicherte Weiterführung unserer Betriebe. Unser Ziel ist somit ein rein wirtschaftliches und zugleich ein soziales. Denn nur eine auf gesicherter Grundlage rentabel arbeitende Wirtschaft ist in der Lage, den Arbeitern ein angemessenes Auskommen zu gewährleisten. Es handelt sich nicht um irgendein Vorgehen gegen die Staatsautorität oder den Grundgedanken des Schlichtungswesens.“

Ueber die möglichen Auswirkungen auf die Randgebiete und die ganze deutsche Wirtschaft äußerte sich Dr. Voensgen:

„Es ist natürlich heute noch nicht möglich, die vollen Auswirkungen des Arbeitskampfes zu übersehen. Das eine aber ist sicher, die von den Gewerkschaften ausgesprochenen Forderungen in den Randgebieten zeigen immer klarer, daß es sich nicht um ein isoliertes Vorgehen der Gewerkschaften, lediglich bei Arbeit Nordwest handelt, sondern um eine bewußte und groß angelegte Lohnoffensive. So verhängnisvoll die Wirkungen

„Wir kämpfen im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung.“



Voensgen, Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke.

des Kampfes sein mögen, noch verhängnisvoller wäre es, wollte die deutsche Unternehmerschaft trotz klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Zwangslagen ihre Hand bieten zu einem weiteren allgemeinen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Herauskaufen der Löhne und Preise.“

Ueber die Frage der Beilegung des Konfliktes erklärte der Beirat:

„Leider hat die Regierung durch die wider Erwarten erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches sich selbst die Möglichkeit zu einem Ausgleich zwischen den Parteien erschwert. Wir Arbeitgeber sind nach wie vor zu jeder Stunde bereit, im Wege

unmittelbarer Verhandlungen einen Weg zu einer dauernden Verständigung auf wirtschaftlich tragbarer Grundlage zu suchen. Der in der Presse in den letzten Tagen erörterte Gedanke, ein Kompromiß etwa derart zu finden, daß die zur Zeit geltende Arbeitsvereinbarung unverändert verlängert und andererseits der Schiedsspruch ohne wesentliche Abänderungen durchgeführt werde, bildet freilich in dieser Form keine Verständigungsmöglichkeit. Wir sind uns des Ernstes der Lage und der auf uns ruhenden großen Verantwortung voll und ganz bewußt. Wir sind uns aber auch alle geschlossen darin einig, daß es ein unverantwortlicher Verstoß gegen die wichtigsten Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes wäre, in dieser Stunde, in der sich keine Staatsmänner ansichten, die entscheidenden Verhandlungen über die Reparationsfrage zu führen, eine neue Welle allgemeiner Lohn- und Preis-erhöhungen über Deutschland herauszuföhren.“

Besonders die letzte Bemerkung des Herrn Voensgen ist ein wertvolles Eingeständnis. Mit der Ausperrung von einer Viertelmillion Arbeitern verbindet also das deutsche Trüstkaptal den Nebenweck, als zahlungsunfähiger Reparationsläubiger angesehen zu werden. Die kapitalistischen Regierungen der Gläubigerländer, die den Schwindel kennen, werden sich jedoch kaum weismachen lassen, daß der Stahltrüst und seine Trabanten durch die kümmerliche Lohnverhöhung des Schiedsspruches an den Rand der Verzweiflung getrieben werden. Es ist den Herren über Stahl und Eisen auch gar nicht darum zu tun, die Lasten des deutschen Volkes zu erleichtern, sondern darum, der ausländischen Konkurrenz die Wohltat der Daweszahlungen zu entziehen und dadurch ihre eigene Stellung im Konkurrenzkampf zu verbessern. Es wäre nicht das erstemal, daß das Ruhrkapital ein frevelhaftes Spiel mit Menschenleben treibt, um seine Privatgelder zu machen. Es war im Jahre des Inflationsheils 1923, als der damals allmächtige Hugo Stinnes mit seinen Freunden, die heute in der Direktion des Stahltrüsts sitzen, durch Sabotage der Reparationsleistungen den Ruhrstreik provoziert hat. Ein ganzes Volk ist damals in unennbares Elend gestürzt worden, weil die Ruhrindustriellen auf diese Weise zu einem vorteilhafteren Ausgleich mit dem Erbfeind zu gelangen hofften. Man muß Herrn Voensgen dankbar sein für die Aufklärung darüber, daß die Hintergründe der Ausperrung in der Eisenindustrie mit denen des Ruhrabenteuers verzwickelte Ähnlichkeit haben.

Die Ruhrarbeiter haben eine sehr lebendige Erinnerung an die glorreiche Zeit des passiven Widerstandes bewahrt. Sie haben die Zusammenhänge durchschaut, noch bevor Herr Voensgen sich herabgelassen hatte, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären. Ernst Lemmer, Führer der Hirsch- und demokratischer Reichstagsabgeordneter, bestätigt das in einem Artikel des Berliner Tageblatts über die Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Er schreibt darin:

„Ueberhaupt stößt man immer wieder bei Gesprächen mit Arbeitern auf Hinweise, die Parallelen ziehen möchten mit den Vorgängen während des passiven Widerstandes. Der Arbeiter möchte dabei instinktiv dem Gefühl Ausdruck geben, daß er glaubt, gegen Macht und Gewalt seinen Rechtsstandpunkt verteidigen zu müssen.“

Die Ausperrung ist also eine Spekulation auf das schärfste Gedächtnis der Arbeiter. Diese Spekulation jedenfalls hat sich also schon jetzt als Fehlspekulation erwiesen.

„Das J.K. kann vielleicht noch eine Welle einen Teil der Parteimitglieder durch eine wilde Hehe, durch inhaltlose und wider besseres Wissen in die Welt geschlehten Schlagworte, durch grobe Täuschung über den wahren Stand der Dinge in der Partei in die Irre führen. Das J.K. kann mich und Brandler hundertfach als „Agenten des Sozialdemokratismus“ beschimpfen, aber es kann auf die Dauer nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, die durch den Ausgang der Panzerkreuzerkampagne aufs neue beleuchtet wird, daß die jetzige Parteiführung und ihr Kurs objektiv der Sozialdemokratie geradezu in die Hände arbeitet.“

Wer hat nun recht? Das Mameluden-J.-K. bezeichnet die Brandler, Böttcher, Frölich als „Agenten des Sozialdemokratismus“. Thalheimer sagt, „daß die jetzige Parteiführung (der SPD nämlich, Die Red.) und ihr Kurs objektiv der Sozialdemokratie geradezu in die Hände arbeitet“.

Jedenfalls haben beide Teile recht. Die Liquidatoren und das Mameluden-J.-K. leisten beiderseitig hilfreiche Dienste für die Sozialdemokratie. Die Aufklärungsstrategie beider Gruppen ist durch keinerlei noch so gut gemeinte Werbetätigkeit sozialdemokratischer Funktionäre zu ersehen. Beide Teile geben infolgedessen zu, daß die Sozialdemokratie als die „einzige existierende Arbeiterpartei“ verbleibt und daß — wie wir schon immer betonten — die Kommunisten sich praktisch nur betätigen können, wenn sie die Taktik der verhassten sozialdemokratischen „Agenten der Bourgeoisie“ übernehmen. Als Differenz bleibt zuletzt immer nur wieder die Frage, ob die Unentwegten 10 oder 20 Prozent mehr fordern sollen.

In einem weiteren Rundschreiben wird unter anderem mitgeteilt, wie der Leiter der kommunistischen Metallarbeiterfraktion in Berlin, Georg Schäd, ausgeschlossen wurde, weil er bei irgendeiner Gelegenheit eine Erklärung abgegeben hat, die den Mameluden im J.-K. nicht passabel schien.

Von besonderem Interesse aber ist eine Äußerung der so viel gefeierten Klara Zetkin über die Thalmann-Korruption in der SPD. Sie schrieb Anfang Oktober aus dem kaukasischen Badesort Kiskowoj:

„Ich kam vor mehr als einem Monat in einem schauerlichen Zustande hier an, so schwach, daß ich bis heute noch keine Bäder nehmen konnte. Da erfahre ich aus der deutschen Presse den ungeheuren Hamburger Skandal mit seinen weittragenden Konsequenzen für die SPD und J.K. Das übte einen sehr schmerzlichen Einfluß auf mein Befinden aus, um so mehr, als ich unter dem Gefühl der Ohnmacht leide, nicht eingreifen zu können. Der Hamburger Skandal, wie immer die KX entscheiden wird, leidet meines Erachtens eine lange und schwere Parteiliste in Deutschland ein, die über die Grenzen unserer Partei weit hinausstreichen wird... Hamburg ist ein schwerer Schlag für die Antipanzerkreuzerkampagne und darüber hinaus für das Ansehen und die Werbekraft der Partei.“

Das Urteil Klara Zetkins bedt sich in vollem Umfange mit dem der gesamten sozialdemokratischen Presse, das wiederum mit dem der Böttcher-Liquidatoren identisch ist. Kein Wunder, wenn die Korrupteure im J.-K. alle Minen springen lassen, um wenigstens die „sozialdemokratischen Agenten“ im eigenen Lager zu diffamieren und sie zum Hinauswurf reif zu machen. Wie kann das anders sein bei Leuten wie Thalmann, dessen Schwager Viktor in einer einzigen Nacht 1550 Mark der ihm anvertrauten Partei-

gelder verspielt und verjubelt hat. Und wer dann den Mut hat, gegen derartige Korruptionsmethoden aufzutreten, der fliegt hinaus. Brandler und Thalheimer sind faktisch bereits ausgeschlossen. In dem Beschluß der Reichsparteiarbeiterkonferenz, der mit 201 gegen 21 Stimmen zustande kam, wird gesagt: „Es ist selbstverständlich, daß Brandler, ebenso wie Thalheimer, außerhalb der Partei steht und an keinerlei Parteiveranstaltungen teilnehmen darf.“ Und weiter wird den übrigen Liquidatoren, den Böttcher und Frölich, erklärt:

„Genossen, die mit ihnen (den Brandler und Thalheimer) in Verbindung stehen, betunden damit offen, daß sie die liquidatorische Politik Brandlers unterstützen und werden auf die Konsequenzen ihrer Handlungsweise hingewiesen.“

Demzufolge bleibt für die führenden Hauptner der SPD in Westsachsen nur noch ein kärgliches pater peccavi übrig, oder aber, die Renegaten kehren zu der „einzigen existierenden Arbeiterpartei“ zurück, sofern ihnen das ihr bisheriges Sündenregister nicht unmöglich macht.

Der Reichstag für 12. November einberufen

SPD Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat am Dienstagfrüh den Beschluß gefaßt, daß der Reichstag schon zu Montag, den 12., zusammenberufen werden soll, um über den Konflikt in der nordwestdeutschen Eisenindustrie zu debattieren. Es liegt bereits eine kommunistische Interpellation und ein kommunistischer Antrag vor und bis zum Montag werden auch sozialdemokratische Anträge und solche der Zentrumspartei dem Hause unterbreitet sein. Sozialdemokraten und Kommunisten sind im Vorkonferenzrat dafür eingetreten, den Reichstag bereits am Donnerstag zusammenzutreten zu lassen. Da aber die übrigen Parteien der Meinung waren, daß das in Anbetracht der Kürze der Einberufungszeit unmöglich sei, einigte man sich auf den Montag. Zum Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in der Debatte, deren Dauer auf zwei Tage berechnet wird, ist Abg. Brandes, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bestimmt. Ueber den Wortlaut der Anträge wird man sich mit dem sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktion, der ohnehin am Donnerstag versammelt ist, verständigen.

Am Donnerstag, dem 15. November, wird dann auf der Tagesordnung des Reichstags eine Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik stehen. Sie wird von dem wieder in sein Amt zurückgekehrten Minister Stresemann abgegeben werden. Die Diskussion über diesen Gegenstand dürfte ebenfalls zwei Tage dauern. Für den 19. November ist die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag zur Einstellung des Panzerkreuzerbaus vorgesehen. Einstweilen ist so disponiert, daß das Parlament am 15. Dezember in die Weihnachtsferien gehen soll.

In Vorkonferenzrat wurde der Wunsch ausgesprochen, vorher noch die erste Lesung des Stats vorzunehmen. Die Erfüllung dieses Wunsches wird aber im wesentlichen davon abhängen ob die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung der Großen Koalition, die bekanntlich nach der Entscheidung über den Panzerkreuzer neu in Angriff genommen werden sollen, rechtzeitig beendet sind.

Englands Parlament tagt!

Vorstoß der Arbeiterpartei

SPD London, 6. November.

Die letzte Session des gegenwärtigen Parlaments wurde am Dienstag mit aller traditionellen Feierlichkeit eröffnet. Die vom König verlesene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Sie begann mit der Feststellung, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und den auswärtigen Mächten weiter freundlich seien. Die Regierung habe gemäß ihrer bisherigen Politik auch während der jüngsten Vergangenheit den Völkern nach Kräften unterstützt und besonders versucht, dem § 8 des Völkerbündnisstatuts im Hinblick auf die Herabsetzung der Bewaffnung des Landes nachzukommen. Mit Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan sei eine Einigung über die Notwendigkeit der Ausnahme von Verhandlungen zum Zwecke der Festlegung der endgültigen Reparationssumme zustande gekommen; es sei des ferneren von Großbritannien anerkannt worden, daß Verhandlungen bezüglich der Räumung des Rheinlandes aufgenommen werden sollten. Hinsichtlich China stellt die Thronrede fest, die Bestrebung des Landes, eine zentrale Regierung zu schaffen, sei von großer Bedeutung, nicht nur für die Sicherheit der britischen Staatsbürger in China, sondern für den Frieden der Welt. Der in Vorbereitung befindliche Militäretat wurde unter Berücksichtigung des Zwanges der Sparbarkeit entworfen. Die Thronrede zählt weiter die in der kommenden Parlamentssession geplanten gesetzlichen Maßnahmen, darunter die Arbeitslosenversicherung und die Reform der lokalen Selbstverwaltung, auf.

In einer unmittelbar nach Verlesung der Thronrede abgehaltenen Sitzung der Arbeiterpartei wurde beschlossen, eine Reihe von Verbesserungsanträgen einzubringen, in denen das Verlangen der Regierung in der Frage der Beschäftigung der Arbeitslosen sowie die Unfähigkeit der Regierung bei der Befreiung der wirtschaftlichen Krise getadelt und das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung das geplante Fabrikgesetz nicht einbringen konnte. Die Arbeiterpartei wird ferner einen Antrag einbringen, in dem das anglo-französische Flottenkompromiß einer scharfen Kritik unterzogen wird, das als ein „erstes Abweichen vom Geiste und Zweck des Völkerbundes“ bezeichnet wird, das geeignet sei, den Erfolg des Kriegsschlichtungspaktes in Frage zu stellen und die Verwirklichung eines dauernden Friedens durch internationale Entwaffnung hinauszuschieben.

Die erste Debatte des Unterhauses wurde durch eine Rede Ramsay MacDonalds eröffnet, in der der Führer der Arbeiterpartei die Regierung wegen ihrer innen- und außenpolitischen Haltung aufs schärfste angriff, auf das Fehlen jeglicher Bemerkung auf das anglo-französische Flottenkompromiß in der Thronrede hinwies und den Ministerpräsidenten zu einer sofortigen Stellungnahme aufforderte. Die Sitzung wurde hierauf auf Antrag der Arbeiterpartei vertagt, um dem Ministerpräsidenten Zeit und Gelegenheit zu geben, eine Erklärung über die Vorgänge bei Abschluß des Flottenkompromisses abzugeben.

Poincaré kehrt wieder!

SPD Paris, 7. November. (Radio.)

Die Öffentlichkeit ist sich bereits in großen Zügen über die Lösung der Regierungskrise einig. Es gibt nur eine einzige Stimme, und diese fordert, daß Poincaré als Nachfolger Poincarés ernannt werde.

Zahlreiche Fraktionen der Kammer sind gestern zu Sitzungen zusammengetreten, und alle haben einstimmig wieder Poincaré auf den Schild gehoben. Auch die Kriegsbeschädigtenverbände haben Aufrufe und Proklamationen erlassen, worin sie Poincaré zum neuen Ministerpräsidenten vorschlagen. Die radikalen und die sozialistischen Kammerfraktionen werden erst heute zusammentreten, um zu der Lage Stellung zu nehmen.

Ein anderer Kandidat als Poincaré wird von der heutigen Morgenpresse überhaupt nicht ins Auge gefaßt. Selbst die radikale Presse, wie das *Dewre*, die *Ere Nouvelle* und der *Quotidien*, erklären, Poincaré habe nicht den geringsten Erfolgswahrscheinlichkeit, um sich von seiner Berufung zu seinem eigenen Nachfolger zu drücken.

Léon Blum im *Populaire* enthält sich vorläufig noch jeglicher Kritik. Er behauptet, er sehe vorläufig keinen Grund, sich über den Sturz Poincarés zu freuen. Der Bruch zwischen der nationalen Union und der Radikalen Partei sei heute zwar endgültig, aber es frage sich, ob dieser Bruch noch rechtzeitig erfolgt sei. Die Radikalen hätten in der nationalen Union eine zu ausgedehnte Zusammenarbeit geleistet, und es sei wahrscheinlich, daß ein großer Teil ihrer Wählerchaft und ihrer Parlamentsfraktion heute nur aus Furcht vor dem nationalen Geiste durchdrückt sei. Aber die Sozialisten seien die letzten, die jetzt die Radikalen entmutigen wollten.

Wie der *Welt* Parisien versichert, haben die Präsidenten von Kammer und Senat bei ihrer Besprechung mit dem Präsidenten der Republik, Doumergue, ebenfalls Poincaré als den aussichtsreichsten Kandidaten vorgeschlagen. Man erwartet zwar, daß Poincaré ernsthafteste Schwierigkeiten mache, sich letzten Endes aber doch dem Druck der öffentlichen Meinung beugen wird. Vielleicht dürfte es notwendig sein, daß bevor Poincaré die Regierungsbildung wieder endgültig übernehme, ein oder zwei andere Kandidaten befragt werden müßten; letzten Endes aber werde er sich doch dazu entschließen, seine eigene Nachfolge wieder anzunehmen. Die Dauer der Krise werde daher voraussichtlich länger als üblich sein und bis in die nächste Woche hineintreten.

Kammer-Eröffnung

SPD Paris, 6. November.

Die Eröffnungssitzung der Kammer, die am Dienstagmittag unter lebhafter Erregung erfolgte, brachte gleich einen Zwischenfall. Nach dem üblichen Nachruf auf die verstorbenen Abgeordneten stellte der Kammerpräsident Wulson den Antrag der alten Regierung zur Debatte, wonach die beiden autonomen Abgeordneten Radin und Rossé ihrer Abgeordnetenwürde entsetzt werden sollten. Als Begründung war angeführt, daß ihre Verurteilung in Colmar die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge gehabt habe. Sofort erhob sich der elssässische Abg. Walther und verlangte volle Amnestie für alle verurteilten Autonomen. Das Maß habe, so erklärte Walther unter heftigen Protesten der Versammlung, kein Vertrauen mehr zu der Regierung Poincaré gehabt. Sollte es nun auch das Vertrauen zum französischen Parlament verlieren? Der kommunistische Abg. Berthon suchte Walther zu unterstützen. Die Regierung, die den Antrag gestellt habe, existiere nicht mehr, daher sei auch ihr Antrag hinfällig. Trotz allem beschloß die Kammer, den Antrag auf Ausschluß von Radin und Rossé der zuständigen Kommission zu überweisen.

Rücktritt der lettischen Regierung

SPD Riga, 6. November.

Letlands neues Parlament eröffnet. Als Vorsitzender wurde der Sozialdemokrat Dr. Kainis wiedergewählt. Die Regierung erklärte ihren Rücktritt.

Urteil im Rührer Landbündlerprozeß

Milde Justiz

MTB Berlin, 6. November.

Im Rührer Landfriedensbruchprozeß wurde heute das Urteil gegen die Angeklagten verkündet. Wegen Landfriedensbruchs wurden bestraft der Angeklagte Cordes zu 4 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Staffehl, Lieberenz, Bade, Lang, Hoch, Wiegand, Winter, Uhlig, Döbel und Uhlert zu 3 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Kleine erhielt wegen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt in zwei Fällen eine Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis, wegen Landfriedensbruchs in zwei Fällen außerdem 130 und 50 Mark Geldstrafe, Angeklagter Diehle wegen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Wich wegen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis und wegen öffentlicher Beleidigung eine Geldstrafe von 50 Reichsmark. Angeklagter Döbel erhielt wegen öffentlicher Beleidigung eine Gesamtstrafe von 50 Reichsmark, Angeklagter Bade wegen öffentlicher Beleidigung außerdem eine Geldstrafe von 15 Mark.

Den Verurteilten wurden außerdem Geldbußen von 100 bis 500 Reichsmark auferlegt. Die übrigen Angeklagten, darunter auch Herr von Jena, Schneider, Frau von Rilling, wurden freigesprochen. Die zu Gefängnisstrafen verurteilten Angeklagten erhielten eine Bewährungsfrist von zwei Jahren angehängt mit der Begründung, daß sie noch nicht vorbestraft seien und nur in Erregung gehandelt hätten.

Die „friedlichen Rührer Landwirte“, die sich zusammenschlossen, im Finanzamt die Fenster einwarfen und Postbeamte beschimpften und niederzuschlagen, haben verhältnismäßig milde Richter gefunden. 42 von den 55 Angeklagten sind überhaupt freigesprochen worden. Die Verurteilten aber sind mit verhältnismäßig so geringen Gefängnisstrafen wegzukommen, daß sie wahrscheinlich selbst über die Milde der Richter erstaunt gewesen sind. Die ausgeworfenen Strafen von einigen Monaten Gefängnis blieben noch wesentlich unter den sehr mäßigen, die von der Staatsanwaltschaft beantragt worden waren. Obendrein aber brauchen die Verurteilten die Strafen nicht einmal abzusitzen, sondern erhalten Bewährungsfrist, die auch sehr kurz, auf nur zwei Jahre bemessen werden ist.

Das milde Urteil gegen die landbündlerischen Landfriedens-

brecher steht im schroffsten Gegensatz zu Urteilen, wie sie sonst in ähnlichen Prozessen gegen proletarische Angeklagte gefällt wurden. Auch in jenen Prozessen, die sich gegen Arbeiter richteten, kam stets ein wesentlicher Teil der Angeklagten nur als Mitläufer oder Neugierige in Frage, aber nur in den seltensten Fällen ist einmal ein Freispruch erfolgt. In Rührer hat das Gericht dagegen nicht finden können, daß bei den standallerenden Landbündlern der nach § 115 n. w. e. b. g. „gemeinsame Wille der Menge“ vorhanden gewesen ist. Nur als Einzelne haben sie sich strafbar gemacht. Man hat zwar festgestellt, daß drei der Angeklagten Steine geworfen haben, aber es sei nicht erwiesen — sagt das Gericht —, daß gerade diese Steine die Zerstörung angerichtet haben. Jütwahr eine außergewöhnliche und ganz ungerechte Nachsicht eines Gerichtes!

Aber nicht nur die Masse der angeklagten Demonstranten hat diese wohlwollende Beurteilung durch die Richter gefunden, sondern auch die Landbündler und Führer. Rädelsführer hat es nach der Auffassung des Gerichtes bei der Landbündlerrevolte überhaupt nicht gegeben, keiner hat eine führende Rolle gespielt! Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die Landbündlerführer monatelang eine wüste Agitation entfaltet und durch eine fast beispiellose Hehe, besonders gegen die verhasste preußische Regierung, die Revolte vorbereitet haben.

Ganz offen ist in der Landbündlerpresse und von Landbündlern wiederholt ausgesprochen worden, daß die Geduld des „Landvolkes“ zu Ende sei und daß man zur „Selbsthilfe“ greifen werde. Während der Rührer Kundgebung selbst hat der Abgeordnete Staffehl noch gesagt: „Wir müssen unsern Willen durchsetzen, nötigenfalls mit Gewalt!“ Die Cordes und von Jena haben aus ihrer Führertätigkeit keinen Hehl gemacht, aber trotzdem gab es keine Rädelsführer!

Wenn man diese ganze Konstruktion des Gerichtes betrachtet, muß man zu der Auffassung kommen, daß das Gericht seine Aufgabe darin erblickte, die nationalen Führer des Landbundes nach Möglichkeit zu schonen. Das zeigen die geringen Strafen und das beweist besonders der so freigebig bewilligte Strafaufschub. Jedemfalls muß sich auch das Gericht darüber klar sein, daß mit solchen Urteilen die Autorität des republikanischen Staates nicht gestärkt wird. Derartige Urteile sind vielmehr ein direkter Anreiz zu weiteren Hebereien und zu neuen „friedlichen Kundgebungen“, bei denen dann schließlich noch mehr als einige Dutzend Fenstersteine zertrümmert werden könnten. Billiger kann man ja einen solchen „Feindvertrieb“, wie die — natürlich freigesprochene — fromme Frau von Rilling den Aufrührer nannte, doch wahrlich nicht haben.

Bauernmassen in Bewegung

SPD Butarest, 7. November.

In Siebenbürgen hat eine Bewegung eingesetzt, die die Beirung Manius, des Führers der nationalen Bauernpartei, mit der Regierungsbildung fordert. Aus Klausenburg wird berichtet, daß die Bauern aus der Umgebung in die Stadt kommen und immer neue Demonstrationen veranstalten. Große Bauerngruppen sind beim Polizeipräsidenten von Klausenburg erschienen und haben Rechenhaft von ihm gefordert, weil er das Blatt der nationalen Bauernpartei, *Partia*, gesperrt hat. Der Polizeipräsident mußte militärische Hilfe in Anspruch nehmen, um die Bauer fortzubringen. Auch in anderen Städten Siebenbürgens streikten die Bauern in Massen zusammen. Nicht nur in den Dörfern, sondern auch in den kleinen Provinzstädten wird eine Regierung Maniu, die keine Übergangsregierung sein soll, gefordert.

Ganze Jüge, die nach Hermannstadt fahren, werden von den Bauern bestiegen und mit Beschlag belegt, ohne daß der Fahrpreis bezahlt wird und die Zugführer werden einfach gezwungen, die Bauern nach Hermannstadt zu bringen. Sie erklären, daß sie dort große Demonstrationen veranstalten wollten, um durchzusetzen, daß Maniu mit der Regierungsbildung betraut wird.

Oesterreich für den Kellogg-Pakt

SPD Wien, 6. November.

In der Plenarsitzung des Nationalrats wurde die Regierungsvorlage über den Beitritt Oesterreichs zum Kellogg-Pakt einstimmig angenommen. Im Namen der Sozialdemokraten gab Dr. Ellenbogen die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Auffassung aller sozialistischen Parteien für den Beitritt zum Pakt stimmen werden. Sie gäben sich aber keinen Illusionen darüber hin, daß die Achtung des Krieges im Munde imperialistischer Regierungen nichts als eine heuchlerische Phrase ist. Auch Oesterreich hat das bereits erfahren. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Paktes in Paris hat die französische Regierungspresse mit schamloser Offenheit Oesterreich mit dem Kriege bedroht, falls das deutschösterreichische Volk von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und den Anschluss an Deutschland vollziehen sollte. Andererseits hat auch Ungarn seine Bereitwilligkeit, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen, mit einem Vorbehalt erklärt, der zeigt, daß die ungarische Regierung nicht darauf verzichten will, ihre chauvinistischen Pläne mit kriegerischen Mitteln zu verfolgen, eine Erklärung, die für die österreichische Republik eine Bedrohung des Friedens ist.

Die Königsberger Verhandlungen gescheitert

SPD Königsberg, 6. November.

Die Verhandlungen, die hier zwischen dem litauischen Diktator Woldemaras und dem polnischen Außenminister Jaleski über die Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen Polen und Litauen geführt wurden, sind gescheitert. Ein gemeinsames ausgegebenes Komunique bestätigt, daß die Diskussion über die strittigen Fragen nicht zu einer Einigung geführt und daß daher die zweite Königsberger Konferenz als beendet anzusehen sei. Der Form halber wird hinzugefügt, daß am Mittwochfrüh noch eine Memorandum abgefaßt wurde, in der ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet werden sollte. Ueber die Einzelheiten des Warenaustausches zwischen beiden Ländern sollen die beiden Handelsministerien weiter verhandeln.

Aufreubr im Gerichtssaal

SPD Mexiko-Stadt, 6. November.

Die letzte nächtliche Prozeßführung gegen den Obregon-Mörder endete in Aufruhr, als eine Gruppe in den Gerichtssaal eindrang, die Verteidigung inmitten größter Erregung am Heben verhindert und die Verteidiger wie die Geschworenen bedrohte, falls keine Gerechtigkeit gegen den Obregon-Mörder geübt würde. Die Geschworenen drohen ihren Rücktritt an, falls kein Schuß gegen solche Vorfälle vorhanden sei. Der Innenminister erklärte darauf, daß Befehle gegeben würden, um den Geschworenen und Verteidigern selbst unter Einwirkung bewaffneter Macht volle Garantie im Interesse der angeführten Beendigung des Prozesses zu gewähren.

Reichsbanner und Ruhrkampf

Der Vorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt an alle Kameraden im Reiche folgenden Aufruf, in dem es u. a. heißt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der Kriegsteilnehmer und Republikaner, steht zur Deutschen Republik und wird sie gegen jeden Angreifer verteidigen. Auch dann, wenn die Angreifer ehemalige Kameraden sind, die sich von machthabenden plutokratischen Gruppen mißbrauchen lassen, wie es beim Kapp-Putsch und im November 1923 der Fall gewesen ist.

Wir stehen wider die Kreise, die in diesen Tagen zu einem Schlage gegen die Staatsautorität ausgeholt haben. Mit ganzem Herzen sind wir bei unsern Kameraden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die arbeitslos gemacht wurden, weil eine Gruppe von Unternehmern die Autorität von Staat und Gesetz nicht anerkennen will. Wir fordern von der deutschen Reichsregierung, daß sie von den Herren der Schwerindustrie Achtung und Gehorsam vor den Gesetzen der Republik erzwingt.

Wir wissen, daß die organisierten Gegner der Republik wieder einmal eine günstige Gelegenheit wittern und sich zum Angriff bereit machen. Sie hoffen, daß Unruhen im Industriegebiet den Vorwand bieten, den „schwachen Staat“ zu beseitigen. Wir wissen aber auch, daß überall im Reiche unsere Kameraden wachsam sind und sich bereit halten, um zu jeder Stunde einen Ruf der verfassungsmäßigen Staatsorgane Folge leisten zu können. Es gibt keinen November 1923 mehr, denn wir sind wachsam und gerüstet! Wir treten ins zehnte Jahr der Republik. Noch ist der junge Staat bedroht, noch ist seine ruhige friedliche Entwicklung nicht gesichert. Noch braucht der Staat die Hilfe der ehemaligen Kriegsteilnehmer. Unsere Mission ist noch nicht erfüllt. Wachsam und treu wollen wir unsern Dienst an der Deutschen Republik jetzt und auch in Zukunft versehen.

Magdeburg, den 5. November 1928.

Der Bundesvorstand. J. A. A. Höring.

Die Wahl der thüringischen Regierung

SPD Weimar, 6. November.

In der Landtagsitzung am Dienstag wurde die von dem Volksparteiler Bauer vorgelegte Ministerliste, die sich mit dem bisherigen Ministerium bis auf den Justizminister Leutheuser deckt, mit 28 Stimmen der Rechten und Linken angenommen. Dagegen klammerten bei vollbesetztem Hause 27 Sozialdemokraten, Kommunisten und der einzige nationalsozialistische Abgeordnete; der Spatzer enthielt sich der Stimme. Die Regierung hat also eine Mehrheit von einer Stimme erhalten.

Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Paulsen, Minister für Volksbildung und Wirtschaft, Dr. Niederl, Jena, Minister für Justiz und Inneres, Toebe, Finanzen.

Die Wahl in Nicaragua

MT London, 7. November.

Nach den aus 328 von 432 Wählkreisen vorliegenden Ergebnissen der nicaraguanischen Präsidentschaftswahl ist die Wahl des liberalen Kandidaten, General Boncada, nunmehr gesichert. Der kommandierende General der amerikanischen Marinekräfte, Mr. Coy, berichtet, daß die Wahlen im ganzen Lande ohne Störungen verlaufen sind.

Auch Honduras hat einen neuen Präsidenten

MTB Guatemala, 6. November.

Anlässlich der Präsidentschaftswahl in der Republik Honduras haben die Gegner des Präsidentschaftskandidaten Tiburcio Carlos eine Koalition geschlossen und den gemeinsam aufgestellten Kandidaten Vicente Mejia Colindres siegreich durchgebracht.

Aus Paris wird gemeldet: In Vincennes bei Paris wurde am Montag der Grundstein zu dem Hauptgebäude der für das nächste Jahr geplanten Internationalen Kolonialausstellung gelegt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hugo Soupe in Belgien. Verantwortlich für den literarischen Teil: Hugo Schaffner in Belgien. Druck und Verlag: Belgischer Buchverlag „L'Espresso“, Belgien.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen

In Friedrichshafen, 6. November. Nachdem Graf Zeppelin kurz vor 14,00 Uhr Biberach und um 14,28 Uhr Ravensburg überflogen hatte, erschien er um 14,35 Uhr bei schönstem Wetter in geringer Höhe über Friedrichshafen. Die Landung des Graf Zeppelin verzögerte sich dadurch, daß das Luftschiff noch einige größere Schleifen über dem Bodensee zog. Um 15,14 Uhr tauchte es am Horizont wieder auf. In etwa 50 Meter Höhe brauste der gewaltige Lufttrieb unter dem Jubel der nach Tausenden zählenden Zuschauer heran, um nach einigen eleganten Schleifen zum zweitenmal in Richtung Bodensee zu verschwinden. Um 15,28 Uhr erschien das Luftschiff aufs neue und warf diesmal das Landungstau aus. Die Landung erfolgte glatt um 15,30 Uhr.

Der Ausbruch des Aetna

Der Lavastrom des Aetna bricht neuerdings aus einem neuen Krater des Aetna hervor, der sich in etwa 2000 Meter Höhe in einem bebauten Feld gebildet hat. Der Lavastrom hat bereits starken Schaden angerichtet. So hat er eine eiserne Brücke der Eisenbahn um den Aetna bereits überflutet und diese durch seine Glut völlig geschmolzen, so daß der Verkehr auf der Strecke unterbrochen ist. Auch die parallel zur Bahn führende Straße ist vom Lavastrom überflutet und zerstört worden. Der Lavastrom bedroht jetzt unmittelbar die große Hauptbahnverbindung zwischen Catania und Messina. In Catania werden immer neue Rettungskolonnen organisiert, um den fliehenden Landbewohnern Hilfe und vor allem Lebensmittel zu bringen.

Explosion bei Augsburg

In einem Steinbruch oberhalb des Wasserwerks Obereschlößl ereignete sich ein furchtbares Sprengungsglück. Durch einen vorzeitig losgegangenen Schuß erlitt der 23 Jahre alte Arbeiter Leonhard Bösch eine schwere Kopfverletzung, so daß er kurz darauf starb. Drei weitere Arbeiter, die in unmittelbarer Nähe arbeiteten, wurden ebenfalls tödlich verletzt. Außerdem wurden noch zwei Arbeiter, an Armen und Beinen erheblich verletzt, in das Krankenhaus nach Eichlitz gebracht werden.

Bei den Aufräumungsarbeiten in den durch die Sprengstoff-attentate des Steinbruchbesizers Meisloch zerstörten Häusern wurde unter den Trümmern des Hauses des Adlers und Hochstraße eine Zündschnur gefunden, durch die Meisloch jedenfalls Sprengkörper, die er in seinem Steinbruchbetrieb verwendete, zur Entzündung gebracht hat. Die Sprengladung in dem Hause in der Oberdörner Straße, einem alten Fachwerkhaus, ist von ungeheurer Wirkung gewesen.

Die Hinter- und eine Seitenwand wurden vollkommen herausgerissen und die Balken wie Streichhölzer geknickt.

Ein glücklicher Umstand war es, daß sich die Explosion mehr nach außen als nach innen auswirkte, sonst wäre vielleicht kaum einer der anwesenden Hausbewohner mit dem Leben davon gekommen. Da die Ladungen erst nach 7 Uhr zur Entzündung kamen, war die Mehrzahl der wertvollen Bewohner bereits auf dem Wege zur Arbeitstätte. Von dem Schlafzimmer eines jungen Ehepaars ist nicht ein Balken heilgeblieben. Ein junges Mädchen, das neben dem Explosionszimmer in dem Hause des Adlers und Hochstraße schlief, wurde von dem Luftdruck aus dem Bette geschleudert, ohne jedoch Schaden zu nehmen. In der Nachbarschaft sind in weiten Kreisen sämtliche Fensterläden zertrümmert. In dem Hause Oberdörner Straße sah im Augenblick der Explosion eine Frau im ersten Stock mit ihrem Säugling am Tische. Sie fielen durch den einströmenden Fußboden. Beide kamen mit leichten Verletzungen davon. Bisher sind vier Hausbewohner mit Verletzungen leichter Art festgestellt worden.

Ein Kellerbrand

Ein Kellerbrand, der zahlreiche Hausbewohner in Lebensgefahr brachte, ist Dienstagabend in der Lautwischstraße in Berlin ausgebrochen. Das Feuer war in einem Obstkeller im Quergebäude entstanden und hatte zahlreiche Holzregale, Kisten und Holzwolke in Brand gesetzt. Die Rauchwolken drangen aus den Kellerfenstern nach oben und der Hof war bald mit undurchdringlichem Rauch angefüllt, der mit großer Schmelzigkeit in die acht Wohnungen des Quergebäudes bis zum vierten Stock eindrang. Die Hausbewohner gerieten in Panik und verließen vergeblich, aus ihren Wohnungen herauszukommen, der Qualm trieb sie aber immer wieder in ihre Wohnungen zurück. Es haben insgesamt 28 Personen Rauchvergiftungen erlitten, die von Feuerwehrleuten, die mit Gasmasken ausgerüstet waren, aus den Wohnungen herausgeholt werden mußten.

Der berühmte irische Tenor McCormack wird sich von der Dubliner Bühne zurückziehen. Seine Freunde haben ihn als Kandidaten für den Senat der irischen Republik in den jetzt beginnenden Wahlen aufgestellt.

Der „kleine“ und der „große“ Gustav reden-

von Politik, Christentum, Deutschlands Exekution und anderen Dingen

Melzers Maidoner und Winters Schlusswort

ra. Der „kleine“ Gustav, „politischer Sekundant“ des „großen“ Gustavs, „Betriebsanwalts“ Winter, sprach am 22. Verhandlungstage des Winter-Prozesses 3 1/2 Stunden über alles mögliche, nur nicht über Betrug! Herrn Melzers Schlusswort lautete ungefähr so:

Den Vertreter der Staatsanwaltschaft leitete in seinem Schlusswort nicht das Wort und nicht die Tat, sondern ein Rechtswort. Als ich diese Ausführungen hörte, hatte ich anderes erwartet. Wir wollen nicht vom Mitleid reden im Kampf um das Recht. Winter wäre der letzte, der für sich Mitleid in Anspruch nimmt.

Dann spricht der „Politische“ davon, daß dieser Prozeß herabgegangen sei aus parteipolitischen Bestrebungen des Justizministers v. Humetti, der von Justiz auch nicht das mindeste verstehe und dessen größter Konkurrent Winter sei. Man möge Winter verurteilen, dann hätte er das Recht zu sagen, daß er den Leidensweg eines Märtyrers bis zum Ende gegangen sei. Winter sei nicht einer, der ein kleines Wäldchen herausgibt, sondern Winter sei einer, der den politischen Parteien den Wind aus den Segeln nimmt. Dieses Verfahren sei eine politische Machenschauspiel der Kreise, die in Winter ihren politischen Gegner sehen.

Der „kleine“ Gustav gibt nun das Bekenntnis ab, daß er den „großen“ Gustav als einen außergewöhnlichen Menschen und „höherer Feingebildeter“ hat, der seine „Leuten“ zusammenhält wie keine andere deutsche Partei. Die Belastungszeugen, die hier aufgetreten seien, wären alle sogenannte „Selbstverleugner“, die nicht erkennen wollten, daß Winter seinen Anhängern „Sonne ins Herz gicht“. Es sei beispiellos in Deutschland, daß sich Winters Bewegung von selbst löse. Er verwies nur auf die Bettelbriefe, welche die Parteien herumschickten (National-Sozialisten, Wehrwolf, Stahlhelm), um sich ihre Kassen zu füllen. Das habe Winter nicht notwendig.

Deshalb sei Winters Bewegung diejenige, die Hoffnung auf Deutschlands Zukunft aufkommen lasse.

In dem Moment, wo 60 Männer vom Schlage Winters einig seien, läse es anders in Deutschland aus. Das habe er am Sonntag bei Winters Demonstration auf dem Augustusplatz gesehen, wo Winters Anhänger bei strömendem Regen gekommen waren. Drei Fahren hätten über ihnen geweht. Eine schwarzweiße, eine schwarzgelbe und eine knallrote. (Zu Winters großem „Mitteldeutschen Treffen“ am vergangenen Sonntag waren ganze 200 „Leuten“ erschienen!) Diese Massen hätten ihm, dem einjüngigen Stahlhelmführer, gewaltig imponiert und deshalb wolle es nicht in seinen Kopf, daß Winter ein Betrüger sei.

Aber — Betrüger seien die, die vor 16 Jahren den Leuten zugerufen hätten „Freiheit, Freiheit, Brot“, und die ihnen nun das Brot weggenommen haben, um sich daran zu mästen.

Vor dem Verstand bestehe nichts! Wer glaubt, darf nicht denken, und wer denkt, darf nicht glauben!

Der christliche Glaube warte seinen Anhängern allerhand zu und doch glaubten viele Menschen an ihn.

Dieser altbeständige Gott könne vor einem denkenden Menschen nicht bestehen und doch glauben so viele daran. (Junge, Junge, wenn das der Königin-Luisen-Bund erfährt, dann ist es mit dem Vorhieb vorbei!) Hat Winter nicht nach dem Christuswort „Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid“, gehandelt? Diese Mühseligen und Beladenen seien zu Winter gekommen und haben das „Schmerlein der armen Witwe“ gebracht. Die Besucher seiner Versammlungen seien feig und geistig gestärkt aus seinen Versammlungen gegangen. Und dieser Mann soll ein Betrüger sein? Wir haben „Erbaunungsstätten“, wo die Besucher nicht auf ihre Köpfe kommen und sich doch nicht betrogen fühlen!

Kraft seiner Berufung für ein solches Werk habe Winter diesen Beruf ergriffen und sei bis heute in sein Werk verrannt. Winter sei ein ganzer Kerl!

Ich bin das Echo der Anhänger Winters, die mir unzählige Briefe geschrieben haben.

Hätten die verzweifeltsten Landwirte in Krieg einen Führer vom Schlage Winters gehabt, dann wäre so etwas, wie dort geschehen, nicht möglich gewesen. So dankt der Staat der am meisten berechtigten Bewegung, indem er ihren Führer Winter wegen Betrugs vor ein Gericht stellt. Die Brotschüre, „Der große Betrug“, sei der Heiland der Anhänger Winters, sie sei „der Stein der Weisen“. Und Melzer

sprach dann von Politik, vom Christentum, Marxismus, Wintern, Zeppelin, Revolution, Humetti, Republik, dreieinhalb Stunden lang.

Eins mit dem andern vermischend blieb zuletzt nicht mehr übrig als der Schlussatz:

„Das Schicksal stellt Winter Schulter an Schulter mit den Märtyrern. Sie dürfen nicht einen Winter verurteilen und deswegen bitte ich um die Freisprechung.“

Aus dem Zuschauerraum kurrzten die Anhänger Winters „Bravo!“ Herrn Winter könnten wir nur raten seinen „politischen Sekundanten“, auf Grund seiner heutigen Jungferntrede für die Aufworbungsbewegung Winter, als Wanderredner zu verpflichten.

Staatsanwalt Hölder meinte zu der Rede des „Politischen“, er hätte sehr viel persönliche Ausführungen des Verteidigers gehört, aber er habe sich bemühen müssen, nur ein Weniges aus dem tatsächlichen Zusammenhang zu finden. Im übrigen habe er

nichts Neues aus dem tatsächlichen Sachverhalt vom Verteidiger erfahren. Das Gericht müsse sich selbst ein Bild machen. Er bleibe auf jeden Fall auf seinem bestrittenen Strafmaß bestehen.

Unter allgemeiner Spannung begann

Winter mit seinem Schlusswort.

Mit theatralischer Feierlichkeit erklärte der „Betriebsanwalt“: „Hoher Gerichtshof! Ich will mich kurz fassen. Am Anfang des Prozesses habe ich geglaubt, ich brauche keinen Verteidiger. Im Laufe des Prozesses bin ich aber in die Defensive gedrängt worden und ich mußte mir wohl oder übel einen Verteidiger nehmen. Ich fühle mich nicht schuldig!

Im gewissen Sinne war mir dieser Prozeß angenehm, soll er doch die Entscheidung bringen, ob ich ein Betrüger bin oder nicht.

Ich bin seit vier Jahren gewöhnt, den Vizepräsidenten zu machen, und ich freue mich, daß einmal ein Gewitter mit Blitz und Donnersturm niederfällt.

Es gibt gewisse Stellen im Deutschen Reich, denen eine Verurteilung von mir sehr willkommen ist. Ganz Europa schaut auf Leipzig, wo Rechts gesprochen werden soll. Wenn man mich wegen meiner journalistischen Liebergriffe ins Gefängnis stecken will, so müßten alle deutschen Journalisten im Gefängnis sitzen, obwohl das kein Schaden für das deutsche Volk ist!

Meine tägliche Gaststrafe hat auch auf mich erzieherisch gewirkt.

Meine Einstellung ist grundsätzlich und klar. Bemerken möchte ich noch, daß ich Weihnachten

dem „Stahlhelm“ und „Rot-Front“ eine größere Summe Geld für ihre Kriegsooper zur Verfügung gestellt

habe. Meine Mitarbeiter werden alle nochmal große Männer in Deutschland werden. Ich erwarte kein Urteil, sondern ich erwarte Beurteilung und Recht!

Und wenn es mir geht wie Galilei, den man schwergefesselt hatte und der trotzdem rief: „Und sie bewegt sich doch!“ Ich stehe hier und kann nicht anders! Gott helfe mir! Amen!“

Diese theatralische Pose hatte auf die Anhänger Winters im Zuschauerraum gewirkt, was man an dem beifälligen Murmeln feststellen konnte. Der Vorsitzende aber gab mit gleichgültiger Miene bekannt, daß die Urteilsverkündung am Donnerstag, 11 Uhr, stattfinden soll.

Meyer-Münch-Prozeß

Auch Pippig widerruft sein Geständnis

Am Dienstag ging das Schwurgericht zur Vernehmung des Angeklagten Pippig über. Dieser war bis Ende 1920 an der Deutschen Baummaschinen-Gesellschaft beteiligt, wurde aber durch Meyer unter Zahlung einer Abfindung von 75 000 Mark rausgedrängt. Da er sich übers Ohr gehauen fühlte, versuchte er nun, sich an Meyer sowie auch an dessen Freund Weiß zu rächen: Er bezichtigte Mitte Juni 1921 in einem Briefe an den Vorstand gegen das Beilegungsunwesen in Berlin Weiß der Annahme von Schweregebern und sagte in dem Prozeß Meyers gegen die Köln-Rottweil-A.-G. auch gegen Weiß aus; doch sah das Gericht damals von seiner Verurteilung ab. Einige Monate später denunzierte er dann Weiß als meinelidig bei der Staatsanwaltschaft, w d e r r i e j e d o c h w e n i g e T a g e d a r a u f n a c h e i n e r R i c h t s p r a c h e m i t d e m B e t r i e b s f ü h r e r L a h m a n n s e i n e B e h a u p t u n g e n, w e o h a l b d a s V e r f a h r e n n i e d e r g e s c h l a g e n w u r d e. In Pippig ging noch weiter: Er beschwor in einem Prozeß Kammer kontra Weiß im Dezember 1924, daß die im Köln-Rottweil-Prozeß von ihm über Weiß gemachten Angaben nicht der Wahrheit entsprächen! Es habe sich, wie ihm später erst mitgeteilt worden sei, um ein Darlehen Meyers an Weiß und nicht um Bestechungsgelder gehandelt.

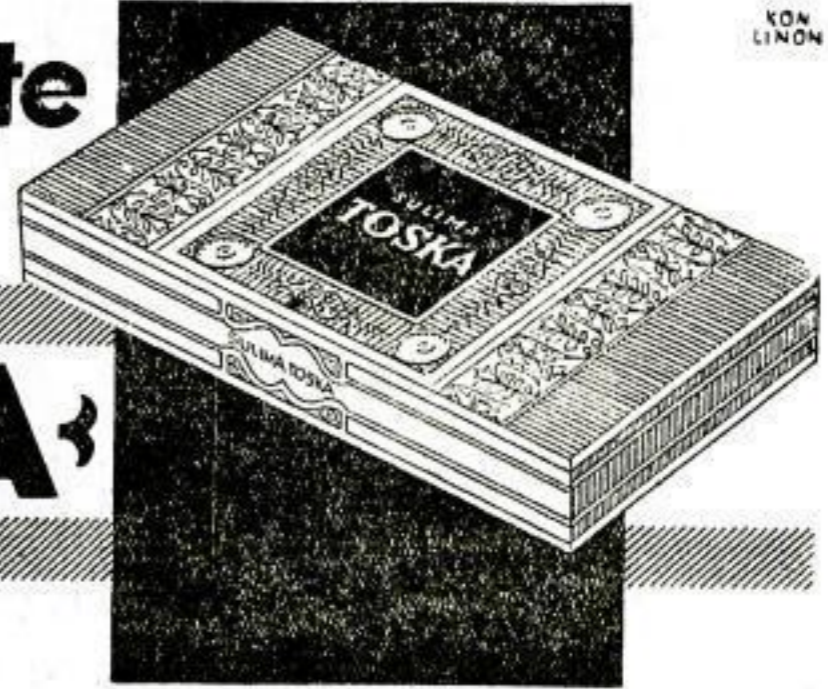
Auch jetzt bleibt Pippig bei diesen Erklärungen. Das von ihm in der Vorunterjudung abgelegte Geständnis habe gar nichts zu belegen; das habe er lediglich aus der Befürchtung heraus gemacht, andernfalls eingesperrt zu werden. Durch ausdrückliche Fragen der Rechtsanwältin sowie des Vorsitzenden veranlaßt, behauptet Pippig aufs Bestimmteste, der Unterjudungsrichter Löhse habe ihm erst auseinandergesetzt, was er, Löhse, von der Sache halte, habe darauf seine Fragen unter der Androhung gestellt: „Wenn Sie nicht die Wahrheit (das heißt das, was er darunter verstand) sagen, behalte ich Sie gleich da!“ Aus Angst, eingesperrt zu werden, habe er dann eben alles zugegeben, was der Unterjudungsrichter gern hören wollte, in der Erwartung, daß ja die Hauptverhandlung „schon alles wieder einrenken“ werde. Am Donnerstag soll Löhse vernommen werden.

Der Mord an dem Reichwehronteroffizier Kofch in Magdeburg ist aufgeklärt. Seine Braut Anni Kofch hat ein Geständnis abgelegt. Sie will die Wöfch gehabt haben, aus dem Leben zu scheiden, vor der Ausführung dieser Absicht aber auf den Einfall gekommen sein, den Bräutigam mit in den Tod zu nehmen. Sie hat Kofch erschossen und ist dann in die Elbe gegangen, um sich selbst das Leben zu nehmen. Hieran wurde sie bekanntlich von Passanten gehindert.

Wie damals so auch heute ist sie unübertroffen

SULIMA-TOSKA

Die beste 4-8 Cigarette



Keine Vermittlung im Besten

Kein Zurückweichen des DVB

SD Zu den Gerüchten über eine Vermittlungsaktion zwecks Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie Nordwest wird von der Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt, daß die Bemühungen, durch Vermittlung des Eingreifen Möglichkeiten zur Beilegung des Konfliktes zu schaffen, nach der Entwidlung der letzten Tage als aussichtslos erscheinen müßten. Die Regierung besche auf Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedspruches, der einen vertraglichen Zustand geschaffen habe. Die Gewerkschaften könnten den Standpunkt der Regierung nur unterstützen. Möglichst erklärte Schiedspruch bekräftigen nicht. Eine Vermittlungsaktion könne nur von neutraler dritter Seite ausgehen. Angesichts der zwischen den Parteien bestehenden unüberbrückbaren Gegensätze seien jedoch zurzeit kaum Aussichten dafür vorhanden, daß eine derartige Aktion auch Erfolg habe. Ueberdies sei man vollkommen im Unklaren darüber, was für eine Persönlichkeit für ein derartiges vermittelndes Eingreifen überhaupt in Frage kommen könne.

Eine Notstands-Aktion

SD Essen, 7. November. (Radio).

Eine Konferenz der Oberbürgermeister und Landräte des Ausperrungsgebietes hat sich mit den Fürsorgemaßnahmen für die in Not geratenen Arbeiter und deren Familien beschäftigt und Richtlinien über die Unterstellungen aufgestellt, die in bar oder in Lebensmittelbezugsscheinen gewährt werden sollen. Da die Bezirksfürsorgengremien die umfangreichen Mittel nicht selbst aufbringen können, soll das Reich eingreifen.

Klage und Gegenklage

Am Dienstag haben die Gewerkschaften die Gegenklage beim Arbeitsgericht in Duisburg angefordert worden, sich zur Klageschrift der Arbeitgeber bis zum 10. November zu äußern. Die Begründung des Arbeitgeberverbandes zu der beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereichten Nichtteilungsklage liegt nunmehr vor. Der Arbeitgeberverband führt in seiner Klageschrift an, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches keinerlei Rechtswirkungen zwischen den Parteien hervorbringe, da der für verbindlich erklärte Schiedspruch sowohl gegen zwingende

Vorschriften des formellen als auch des materiellen Rechts verstoße. Da er vom Vorstehenden allein gefällt worden ist, verstoße er gegen die Bestimmungen des § 5 der Schlichtungsordnung. Sollten die Bestimmungen jedoch so ausgelegt werden, daß der Vorstehende den Schiedspruch allein fällen kann, so sei die Ausführungsbestimmung zur Schlichtungsordnung ungeschicklich. Weiter wird ausgeführt, der verbindlich erklärte Schiedspruch greife materiell in die Bestimmungen des noch geltenden Rahmentarifvertrags vom 16. Mai 1927 ein. Eine weitergehende Begründung behält sich der Arbeitgeberverband vor.

WVB Duisburg, 6. November.

Die Vertreter der drei Metallarbeiterverbände versammelten sich heute nachmittag in Duisburg und richteten folgenden Brief an den Arbeitgeberverband Nordwest: „Am 31. Oktober 1928 wurde der Schiedspruch vom 26. Oktober 1928 für den Bereich der nordwestlichen Gruppe vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Mitglieder Ihres Verbandes haben am 1. November 1928 auf Ihre Veranstaltung den Arbeitern die Möglichkeit zur Arbeit angenommen. Ihrerseits wurden Ihre Mitglieder bisher nicht angeschlossen, das Lohnabkommen zu erfüllen. Die tarifliche Friedenspflicht haben Sie dadurch verletzt, für deren Folgen Sie verantwortlich sind.“
Deutscher Metallarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiterverband, Gewerksverein Hirsch-Dunker.“

Erweiterung der Aussperrung

SD Hannover, 6. November.

Die Arbeiter Hütte bei Peine hat sich dem Vorgehen der Ruhrindustrie angeschlossen und plötzlich ihren 4000 Arbeitern gekündigt. Das Vorgehen ist noch rücksichtsloser als das der Ruhrindustrie. Bei der am Sonnabend in Hannover stattgefundenen Lohnverhandlung hatten die Arbeitgeber ein Lohnangebot gemacht, das die Gewerkschaften als unannehmbar ablehnten. Nunmehr sollte sich der Schlichter mit dieser Angelegenheit befassen, Ehe jedoch Verhandlungen beim Schlichter stattgefunden hätten, ist der Bescheid gekündigt worden. Das Werk machte durch Anschlag und durch besonderes Schreiben an die Arbeiter bekannt, daß diejenigen, die zu dem Werk vorgeschlagenen Bedingungen arbeiten wollen, sich melden müssen. Man will also einfach die Gewerkschaften umgehen. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben an ihre Mitglieder und an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen gerichtet, den Abschluß eines Sondervertrages auf dieser Grundlage abzulehnen und nur den Anweisungen der Gewerkschaften zu folgen.

Textillöhne in Sachsen

Hungerlöhne!

Trotzdem drei Jahre ohne Lohnaufbesserung?

Einer Zufahrt entnehmen wir: Die Textilunternehmer Sachsens haben schon im vorigen Jahre durch den Sondervertrag einen Tarifvertrag von 13 Monaten erhalten, was zu jener Zeit einzig dastehend in der deutschen Textilindustrie war. Während dieser Zeit hat die Textilarbeiterschaft die Verteuerung der Lebenshaltung ertragen müssen, ohne daß es möglich war, die Lohnsätze zu erhöhen. Nunmehr fordern die Unternehmer, daß die Arbeiter weitere 25 Monate zu dem gleichen Lohn arbeiten sollen, so daß mehr als 3 Jahre keine Aufbesserung der Löhne erfolgen soll.

Schon sehr hoch die Textilarbeiter Sachsens mit ihren Tariflöhnen fast an letzter Stelle in der deutschen Textilindustrie. Die Unternehmer möchten zu gern diese Sonderstellung beibehalten, ob aber die Arbeiterchaft dabei bestehen kann, danach fragen diese Herren nicht. Die Arbeiterchaft kann den gegenwärtigen Zustand nicht mehr ertragen, daher wurde von allen Seiten schon vor längerer Zeit die Kündigung der Tarifverträge gefordert. Wir können auch nicht glauben, daß die Unternehmer Schlichter finden, die der Arbeiterchaft zumuten sollen, noch länger ohne Lohnhöhung zu bleiben.

Wie sind die Tariflöhne in Ost- und Westsachsen?

Wenn in der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes Chemnitz Dr. Sellmann sagte: „Die immer wiederkehrenden Klagen über schlechte Entlohnung in der Textilindustrie in der Arbeitnehmerpresse können nicht aufrechterhalten werden“, so wollen wir einige Lohnsätze aus den vielen Tarifpositionen hier anführen und der Deutlichkeit wegen, daß sich Herr Dr. Sellmann mit seinen Unternehmern im Unrecht befindet.

Wir wollen zunächst einige Spitzenverdiener vorwegnehmen. Als solche nennen wir die Gardinen- und Spitzenweber mit einem Akkordlohn von 81,5 Pfg. pro Stunde, den Selbstspinnern in der Kammerweberweberei mit 79 Pfg., der, obwohl Akkordarbeiter, fast nicht darüber verdient. Viel Gehälter wird mit den Verdiensten der Wirker gemacht, die nach ihrer Akkordlohn von 75 Pfg. verdienen, aber infolge der immer mehr zunehmenden Feinheit der Arbeit frühzeitig ihre Nerven und Augen verbrauchen. Diese Facharbeiter bedeuten aber nur einen geringen Teil der gesamten Textilarbeiterschaft und können daher nicht maßgebend sein. Wir wollen nunmehr einige andere männliche Gruppen anführen: Der Färberarbeiter in Westsachsen erhält, 68,5 Pfg., der Färber oder Wäscher in Ostweien 64 Pfg., der Appreturarbeiter 63,5 Pfg., der Carbonist in Grimmitzschau-Werbau (eine besonders schlechte Arbeit) erhält 62 Pfg. pro Stunde und der Appreturhilfsarbeiter 59,5 Pfg. Nach dem Tarifvertrag für Scheurer und Deckenweber erhält der Färber und Weicher 61,5 Pfg., der Färber 57,5 Pfg. und der Weber 59 Pfg. Nach dem Tarifvertrag der Baumwollspinnereien erhält der Färber, Hofarbeiter usw. 55,5 Pfg. und der Einzieher oder Blattsticker 51,5 Pfg. pro Stunde.

Noch niedriger sind die Löhne für die Männer in Ostsachsen. Ein Krempeleuspuher oder Wolfer in der Tuchweberei mit Spinnerei erhält 59,5 Pfg. und der Wäscher und Färber 58 Pfg., der Appreturarbeiter 57,2 Pfg. Die Färber, Weicher, Färbstuhlführer, Transmissionsröhler usw. erhalten 57,1 bis 58,7 Pfg. pro Stunde während der Vorgesetzten oder Foder nach dem Wehertarif 51,6 Pfg. erhält und der Blattsticker und Warenleger 50,8 Pfg. pro Stunde.

Das sind aber alles Löhne für männliche Arbeiter über 20 Jahre. Die Arbeiterinnen sind in an Zahl in der Textilindustrie viel härter vertreten, als die Männer, erhalten aber nur in der Weberlei, wo Männer und Frauen die gleiche Arbeit leisten, dieselben Löhne wie die Männer, mit Ausnahme von Färbereien, wo die Frauen 5 Pfg. pro Stunde weniger erhalten. Sonst sind die Lohnsätze allgemein niedriger und bewegen sich von 15 und 15,5 Pfg. für Knabenkinder von 14-16 Jahren, bis 27, 30, 41, 42 bis 44 Pfg. für Arbeiterinnen über 20 Jahre. Die Fingerringweberinnen in der Kammerweberweberei erhalten 45 Pfg. In den Baumwollspinnereien in Grimmitzschau-Werbau erhalten die Anlegerrinnen usw. 39 Pfg., sie arbeiten nur im Zeitlohn, haben demnach nicht die Möglichkeit, durch Akkord mehr zu verdienen.

Die Unternehmer fordern, daß die Arbeiterchaft noch weitere 25 Monate bei solch niedrigen Löhnen schuften soll, ohne die Mög-

lichkeit zu haben, bei verteuerter Lebenshaltung höhere Löhne fordern zu können. Wer derartiges Verlangen der Unternehmer unterläßt, verhängt sich an mehr als 300 000 Beschäftigten in der Textilindustrie Sachsens.

Der Vorstehende des Chemnitzer Arbeitgeberverbandes, Justizrat Koppisch, hat in der Generalversammlung gesagt:

„Wettbewerb im Innern und Wettbewerb nach außen sind die großen wirtschaftlichen Kennzeichen des vergangenen Jahres gewesen und sie werden es 1928 in erhöhtem Maße sein. Eine friedliche Beendigung der sozialen Kämpfe wird in Deutschland auf den Ausgang einen entscheidenden Einfluß ausüben, und es ist meine feste Überzeugung, daß diejenigen Staaten die erfolgreich im Wettbewerb sein werden, die sich einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft erfreuen.“

Ein schöner Ausdruck! Wie aber ist die Wirklichkeit? Siehe Metallindustrie im Westen und das Vorgehen der Unternehmer in der Textilindustrie. Vernünftiges Zusammenarbeiten können wir darin nicht finden.

Die Bauarbeiter-Internationale

SD Der Sitz der Bauarbeiterinternationale bleibt gemäß einer auf der 8. Konferenz in Madrid angenommenen Entschliessung in Deutschland. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Paplow wurde Bernhard (Hamburg) zum Vorstehenden gewählt. Nach einem Vortrag Bernhards über die Entwicklung des Achtstundentags in Deutschland nahm die Konferenz zur Arbeitszeitfrage eine Entschliessung an, in der die Bauarbeiterinternationale erneut alle Organisationen der baugewerblichen Arbeiter zum Kampf für die Erringung und Sicherung des Achtstundentages aufruft. Die Konferenz, so wird in der Entschliessung betont, schlägt sich den Forderungen des Pariser internationalen Gewerkschaftskongresses an und erhebt entschiedenen Protest gegen die Londoner Vereinbarung der Arbeitsminister von 1926, wonach die Konvention von Washington auf das Baugewerbe in fallender Auslegung Anwendung finden soll. Die Konferenz beauftragte den geschäftsführenden Ausschuss der Bauarbeiterinternationale, periodisch Untersuchungen über den Stand der Arbeitszeit und aller Arbeitsbedingungen bei den baugewerblichen Verbänden aller Länder zu veranstalten und das Ergebnis der Erhebungen in dem Bulletin der Bauarbeiterinternationale zu veröffentlichen. — Die nächste Konferenz der Bauarbeiterinternationale findet 1930 in Prag statt.

Zum 9. November

In der Sächsischen Gewerkschaftszeitung, Mitteilungsblatt des DVB für den Freistaat Sachsen, schreibt am 1. November Heinz Mann, Berlin, „für die Gewerkschaftsjugend“ zum „Gedenken der Novemberrevolution“ einen Artikel, in dem sich folgende Sätze finden:

„Man kann heute getrost sagen, daß in wirtschaftlicher Hinsicht die damalige Führung des Proletariats den Anschluß verpaßt hat. Etwas weniger Entgegenkommen gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse hätte dem Proletariat nicht geschadet.“

Wir sind ganz derselben Meinung, wir waren allerdings bisher nicht darauf gefaßt, solche Erkenntnisse in einem offiziellen Gewerkschaftsorgan zu finden.

Rekordgewinne der Kali-Industrie

Ueber den Rekordabsatz im laufenden Düngejahr teilt das Deutsche Kalisyndikat folgendes mit: „Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kalimerkte im Oktober 1928 betragen 765 075 Doppelzentner Reinkali gegen 637 408 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober) des laufenden Düngejahres betragen 4 233 680 Doppelzentner Reinkali gegen 4 816 092 Doppelzentner Reinkali in den ersten sechs Monaten des Düngejahres 1927/28. In den ersten zehn Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kalimerkten insgesamt 12 317 508 Doppelzentner Reinkali gegen 10 705 818 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verladen. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportländer des Syndikats mitenthalten.“

Sächsische Angelegenheiten

Wiederzusammentritt des Landtags

Am Dienstag, dem 6. November, hielt der Landtag nach dem Sommerferien seine erste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand Mißtrauens- und Auflösungsantrag der KPD. Nach den Äußerungen der bürgerlichen Presse war voranzusehen, daß keine der Parteien sich an der Debatte beteiligen und daß die beiden Anträge abgelehnt würden. Insofern verlief die Verhandlung programmäßig und nach oft erprobtem Vorbilde. Und doch war der Verlauf nicht programmäßig. — Wenigstens nicht für die Antragsteller. Nach dem Kladderadatsch beim Volksbegehren hätten sich die Niederlagestrategen an den Fingern abzählen können, was bei dem Versuch, die Sozialdemokraten wieder einmal zu „entlarven“ herauskommen mußte. Nicht einmal das hatten sie begriffen, sie spielten vielmehr die alte Walze, und das ging eben nicht programmäßig. Paul Böttcher gab sich zwar mit vieler Anstrengung die größte Mühe, aber die Absicht ist ihm doch so gründlich vorbeigelungen wie faum je zuvor. Dabei merkte man ihm deutlich an, daß er sich höchst unsicher fühlte und gewissermaßen von vornherein unter dem Druck der bevorstehenden Abstrafung durch den nachfolgenden sozialdemokratischen Redner stand.

Als Böttcher im Schweiß seines Angesichts seinen alten Kohl aufgewärmt und die Sozialdemokratie gebührend „entlarvt“ hatte, folgte dann gleich die Abreibung auf dem Fuße. Mit ähendem Hohn überschüttet, dem Gelächter des Landtages und der Tribüne preisgegeben, bezog Paul Böttcher von dem sozialdemokratischen Redner, dem Genossen Böchel, die wohlverdienten Prügel. Es war eine Freude, diese Abstrafung des großen Paul mit dem großen Maul zu erleben, aber nicht für Paul Großmaul. Der „Versöhnler“ kam arg in die Klemme. Bei den ersten Hieben begehrte er noch auf, indem er mit ein paar in den Saal gebrüllten Schimpfwörtern die Abstrafung abschwächen wollte. Dann wurde er merkwürdig schnell still und stiller, bis er ganz klein und höflich dasah. Als der Hohn unseres Redners nicht aufhörte und Paul samt der KPD in ihrer Zämmlichkeit und „lebenswidrigen Dummheit“ immer mehr am Pranger standen, wußte sich der Gesäupte nicht anders zu helfen, als schleunigst aus dem Saale zu verschwinden. Mit berechtigtem Triumph konnte Genosse Böchel in seiner ausgezeichneten Rede feststellen:

„Das ist das erste Zeichen der Gesundung der deutschen Arbeiterklasse, daß sie beim Volksbegehren die kommunistische Parole zum Bruderkampf einfach nicht mehr mitgemacht hat!“

Wie unser Redner den Bankrott der KPDiten schonungslos in bengalische Beleuchtung rückte, so unterzog er im zweiten Teil seiner Rede die Politik der Feldt-Koalition einer trefflicheren Analyse, wobei die Objekte dieser Analyse sehr schlecht abschnitten. Mit knappen Strichen, aber recht deutlich kennzeichnete er die Gesamtregierung, die in den wichtigsten Aufgaben, z. B. in der Verwaltungsreform, zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Unter schallendem Gelächter der Zuhörer illustrierte unser Genosse die Cliqueswirtschaft der Koalition, die keinen Schritt vorwärts tun kann, weil die Interessen irgendeines Koalitionsbruders verkehrt werden. Genosse Böchel brauchte zum Vergleich das Bild vom Wettlauf zwischen Swinegel und Hahn — überall sieht so ein Swinegel als Hindernis. Und wie es mit der Verwaltungsreform ist, so ist es auch mit allen übrigen Fragen: Beim Doppelspiel der Deputierten, bei den unerfüllten Forderungen der Wirtschaftspartei, kurz: im Kampfe um Minister- und andere Posten — um die Futterkrippe.

Das Volksbegehren hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie trotzdem und alledem zur Führung des Proletariats berufen ist. Wie vor 30 Jahren der „eiserne“ Biemarx an der Sozialdemokratie scheiterte, so werden wir auch unsere heutigen Feinde von rechts und links bezwingen. Alle Verschleppungsmanöver der Feldt-Regierung werden nichts helfen, die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß an Stelle von Feldt eine wirkliche Regierung des Volkes tritt.

Nach Böchel kam der fixe Renner, fix, weil er wieder einmal mit der ihm eigenen Gewandtheit und Anpassungsfähigkeit zur rechten Zeit den Anschluß an die Stalin-Parole gefunden hat. Daher ist Renner sozusagen Politkommissar für die KPD in Westsachsen — also Aufsichtsorgan für Paul Böttcher geworden; er sprach vor leeren Bänken. Die KPDiten waren offensichtlich froh, daß es endlich zur Abstimmung kam, weil die Sache für sie zu ungemütlich geworden war.

So war die erste Landtagssitzung nach den großen Ferien für uns ein voller Erfolg.

Dresden. Eine Familientragödie. Im Grundriß Friedrichstraße 10 in Dresden-Neustadt wurden am Montag die 50 Jahre alte Badermeisterwitwe Klemm und ihre beiden Söhne in ihrer erst vor kurzem bezogenen Wohnung in den Betten liegend durch Gas betäubt aufgefunden. Der Feuerwehrgelung es, die drei Personen — die Söhne befinden sich im Alter von 15 und 17 Jahren — wieder zum Bewußtsein zu bringen, worauf sie nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt wurden. Dort ist inzwischen Frau Klemm gestorben. Deren Ehemann, der Badermeister Paul Klemm, betrieht im Grundriß Friedrichstraße 6 eine Bäckerei, in der sich am 17. September vorigen Jahres eine schwere Badofenexplosion ereignete, bei der er damals so erheblich verletzt worden ist, daß wenige Stunden nach dem Unfall der Tod eintrat. Die Bäckerei wurde verpachtet. Danach ist die Familie in schwere wirtschaftliche Not geraten, aus der sich die Tragödie ergeben hat.

Chemnitz. Verlegung der Blindenschule. Nachdem die Räume in der hiesigen Landeserziehungsanstalt für Blinde und Schwachsinrige nicht mehr ausreichen, hat das Ministerium für Arbeit- und Wohlfahrt beschlossen, die Blinden, die erst nach der Schulzeit erblindet sind, also nicht die Blindenschule besucht haben, nach Meitzburg zu verlegen, wo sich bis zur Erbauung der Landeserziehungsanstalt in Chemnitz im Jahre 1905 schon eine Zweiganstalt der damals in Dresden untergebrachten Hauptblindenanstalt befand.

Freiberg. Wiederwahl des Oberbürgermeisters. Oberbürgermeister Dr. Hartenstein wurde mit 23 gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten, bei vier Stimmenthaltungen, auf weitere zwölf Jahre wiedergewählt.

Mulda bei Freiberg. Ein Hundertjähriger. Der Rentner Joseph Seifert feiert dieser Tage in voller Rüstigkeit seinen hundertsten Geburtstag. Seifert ist von Beruf Strumpfwirker, später war er Leineweber und Wirtschaftsbeführer. Bis vor zwei Jahren ist er noch fleißig mit Stöde ausgeben gegangen. Als Zeichen des hohen Alters macht sich nur eine geringfügige Schwäche bei ihm bemerkbar.

Freital. Liebhaberpaar. Im Stadtteil Niederhermsdorf war ein jüngerer Burche bei einem Gutbefiger auf das Dach eines Anbaues geklettert, um auf diese ungewöhnliche Weise in das Zimmer seiner Geliebten zu gelangen. Der junge Mann rutschte dabei aus, stürzte ab und fiel in die Saugengrube, aus der er sich bald wieder herausarbeiten konnte. K.G.

Alle Hausfrauen sind erfreut.

die unsere große, hygienisch aufgemachte Lebensmittel-Abteilung besuchen

Die Auswahl ist viel größer als bisher, die Qualitäten sind vorzüglich und die Preise sind selbstverständlich niedrig.

Diese Abteilung ermöglicht deshalb eine glänzende Lebensmittelversorgung vieler Haushaltungen



Lebensmittel

Wurstwaren

- Blutwurst hart 1/2 Pfd. 18 ↗
- Krakauer . . . 1/2 Pfd. 30 ↗
- Bayr. Bierw. 1/2 Pfd. 40 ↗
- Knackw. hart 1/2 Pfd. 40 ↗
- Blut-od. Leberw. (Heusschlachten) . . . 1/2 Pfd. 40 ↗
- Schinken gek. 1/2 Pfd. 58 ↗
- Schinken roh 1/2 Pfd. 58 ↗
- Schweinskopf in Gelee, ca. 1-Pfund-Dose nur 88 ↗

Kolonialwaren

- Kaiser - Auszug 5-Pfd.-Beutel 1.65 1.35 1.20 1.15
- Mehl feinstes amer. Pfd. 28 ↗
- Korinthen gereinigt und entstiebt . . . Pfd. 65 58 ↗
- Sultaninen (Smyrna) Pfd. 75 65 ↗
- Rosinen gereinigt Pfd. 45 ↗
- Zitronat . . . Pfd. 1.20
- Mandeln süß . Pfd. 1.95
- Mandeln bitter Pfd. 2.10

Butter u. Käse

- Molkereibutt. Stck. 95 ↗
- Schweizerkäse echter . . . Pfd. 48 ↗
- Tilsit.Käse (vollfett o. R.) 1/2 Pfd. 45 ↗
- Block-Käse (Holl.) 1/2 Pfd. 30 ↗
- Limb.Käse 1/2 Pfd. 58 ↗
- Emmenthaler o. Rinde (6teilig) . . . Karton 78 ↗
- Chest.Käse 1/2 Pfd. 98 ↗
- Tilsiter (6teilig) Karton 85 ↗
- Camemb.-Käse vollfett . . . Schachtel 16 ↗

Konfitüren

- Nuß-Schokolad. Vollmilch . . . 200-g-Taf. 58 ↗
- Vollm.-Schokol. 3 Tafeln à 100 g . . . 90 ↗
- Pralin.-Misch. Kart. 28 ↗
- Mürbchen . . . 55 Pfd. 35 ↗
- Halbmondkeks 1/2 Pfd. 65 ↗
- Teegebäck 1/2 Pfd. 50 ↗
- Spritzkugeln 1/2 Pfd. 55 ↗
- Kakao garant. rein Pfd. 85 ↗

- Kalbspfefferfl. Pfd. 95 ↗
- Rindsgulasch Pfd. 95 ↗
- Gehackt. Rind Pfd. 95 ↗
- Hammelrag. . . Pfd. 90 ↗
- Rücken Pfd. 1.00
- Keule Pfd. 1.20

Frisch-Fleisch

nur I. Klasse

- Mastochsenfleisch Querrippe . . . Pfd. 1.20
- Hoh. Rippe . . . od. Kamm Pfd. 1.30
- Schmorfl. ohne Knoch. Pfd. 1.50
- Rouladen . . . Pfd. 1.60
- Kalbfleisch**
- Brust od. Kamm Pfd. 1.20
- Keule Pfd. 1.40
- Wickelbraten Pfd. 1.30
- Nierenbraten Pfd. 1.40

Schweinefleisch

- Bauch sehr mager . Pfd. 1.10
- Keule Pfd. 1.25
- Kamm Pfd. 1.35
- Koteletten . . . Pfd. 1.40

Wild u. Geflügel

- Landgänse hiesige Pfd. 1.25
- Haferm.-Hänse Pf. 1.30
- Suppenhühner Pfd. 1.25
- Brathähnchen Pfd. 1.55
- Enten Pfd. 1.45
- Hirschragout Pfd. 60 ↗
- Hirschblatt . . . Pfd. 1.00
- Hirschrücken . Pfd. 1.30
- Hirschkeule . . Pfd. 1.40
- Rehblatt Pfd. 1.20
- Hasen frisch geschoss. l. Fell 7-8 Pfd. schwer . . . Stück von 6.75 an
- Hasenrücken Pfd. 1.80
- Hasenkeule . Pfd. 1.50
- Hasenpfeffer Pfd. 60 ↗

Braunschweiger Gemüse-Konserven

- Gemüseerbsen 58 ↗
- Jünge Erbsen 78 ↗
- Jg. Schnittboh. 60 ↗
- J. Schnittboh. 1 78 ↗
- Leipzig. Allerlei Konsum 85 ↗
- Leipzig. Allerlei 95 ↗
- Brechspargel dünn 1.85
- Stangenspargel 1.90

Konfitüren etc.

- Pflaumen m. St. . . 88 ↗
- Kirschen rot, m. St. . 1.15
- Mirabellen 1.25
- Reineclauden . . . 1.25
- Zweif.-Marmel. 2 Pfd.-Eimer 1.00
- Erdbeerkonfitüre 1 Pfd.-Glas 65 ↗

Fischwaren

- Krabben (Bäsumer) Ds. 1.45 95 50 ↗
- Anchovis l. Gl. Glas 60 ↗
- Delikateßhering l. div. Feinmarinaden Dose 75 ↗
- Brathering l. Champ.-Sauce Ds. 85 ↗
- Fetthering in Tomat. . . Dose 85 ↗
- Delikateßhering in Königsworther Sauce Ds. 1.00
- Salm (gekocht) . . Dose 1.65
- Königskrebse Ds. 2.55

Weine, Liköre

- Tarragona . . . ltr. 1.15
- Malaga Gold . ltr. 1.50
- Insel Samos . ltr. 1.60
- St. Emilion od. Medoc 1926er 1/2 Fl. 1.90
- Beaujolais . . 1/2 Fl. 2.00
- Maikammerer Bildgarten . . 1/2 Fl. 1.50
- Rüdesch. Roseng. . . 1/2 Fl. 2.40
- Weinbr. Verschnitt 38% 1/2 Fl. 2.65

K A U F H A U S BRÜHL

G. H. B. H.

Das kommunistische Doppelgesicht

Eine Abreibung der KPD durch den Genossen Böckel — Landtag und Heldt-Regierung bleiben

89. Sitzung, Dienstag, 6. November 1928.

Der Landtag nahm nach einer viermonatigen Pause am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Zunächst begrüßte Vizepräsident Dr. Saatz, der an Stelle des noch immer kranken Präsidenten Genossen Schwarz die Sitzung leitete, den für den deutschnationalen Syndikus Berg, der, wie berichtet, sein Mandat niedergelegt hat, neu in das Haus eintretenden Stadtdirektor Hauffe, Dahlen.

Dann brachte der Kommunist Böttcher einen Antrag ein, der die sächsische Regierung ersucht, von der Reichsregierung gewisse Maßnahmen zugunsten der ausgesperrten Arbeiter im Ruhrgebiet zu fordern; er verlangte, daß der Antrag noch auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde, obwohl er ganz genau weiß, daß der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten genügt, um dies zu vereiteln, da der Antrag den Abgeordneten überhaupt noch nicht zugegangen war. Damit wurde offensichtlich, daß die Kommunisten nach außen wieder bloß einmal zeigen wollten, was sie doch für tüchtige Kerle sind. Sie haben es noch ihrer kläglichen Niederlage anlässlich ihres Volksbegehrens in der Panzerkreuzerfrage freilich auch sehr nötig. Wie vorauszu sehen war, so kam es auch, die Mitglieder der Koalitionsparteien erhoben Widerspruch, und damit konnte aus der fortwährenden Beratung des Antrags Böttcher nichts werden.

Auf der Tagesordnung standen nur die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Landtages und Herbeiführung eines Mißtrauensvotums gegen das Heldt-Kabinett.

Beide Anträge wurden in gemeinsamer Beratung genommen. Paul Böttcher begründete die Anträge. Die Regierung habe ihre reaktionäre Bürgerblutpolitik gegen das Proletariat fortgesetzt und die neutripertitische Minderheitspolitik unterläßt. Diese Politik vollziehe sich seit dem Frühjahr im Rahmen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, und deshalb sei die Sozialdemokratie mitverantwortlich. Die weiteren Ausführungen des Kommunisten hauptlings waren eine der üblichen Reden gegen die Sozialdemokratie, zu der er die notwendigen Schlagworte und Kraftausdrücke der kommunistischen Presse entnommen hatte.

Genosse Böckel:

Wenn irgend etwas die ganze Haltlosigkeit und die ärmere Jerrüttung der kommunistischen Partei charakterisieren konnte, so ist es die Rede des Herrn Böttcher gewesen. Wir glauben, daß Sie nur mit vollem Wind in die Segel gehen würden, um pater-pocvani zu sagen (Sehr richtig! bei den Soz.), aber in Wirklichkeit haben Sie eine Rede gehalten mit dem Auftrag, eine Stunde lang zu reden und möglichst nichts zu sagen (Sehr richtig! bei den Soz.), und wenn Sie wirklich etwas sagen wollten, sind Sie dauernd in Koalition mit den Dingen außerhalb des Hauses gekommen. Wenn der juristische Brandler seinen Freund Böttcher heute hätte reden hören, hätte er keine Freude daran gehabt (Sehr gut! bei den Soz.), denn Brandler war gewöhnt, die Dinge auszusprechen, wie sie sind. Herr Böttcher hat das aber nicht getan. Im Landtage spricht er davon, daß die linken Phrasen die Freunde des Imperialismus seien, und wenige Tage vorher ist er wegen der schroff entgegen gesetzten Meinung von der roten Fahne abgezweigt worden.

Auch was Herr Böttcher über den Panzerkreuzer gesagt hat, ist außerordentlich hilflos gewesen. Er hat wenigstens zugegeben, daß die Aktion nicht zum Ziel geführt hat. In Wirklichkeit hat die Panzerkreuzeraktion der Kommunisten den Säulestein von der tatsächlichen Verfassung dieser Partei weggerissen. Wir sehen

die kommunistische Partei in einer Verfassung, wie sie noch niemals eine deutsche Arbeiterpartei erreicht hat, Gruppe gegen Gruppe, Führer gegen Führer, Clique gegen Clique.

Die eine gehört zu den Liquidatoren, die andere zu den Rechten, und beide gehören zu den Verfallenen (Große Heiterkeit), und die anderen, Brandler, Hauffe, usw., sind bereits Betrüger, die außerhalb der Partei stehen. Brandler, der gelehrte Abgott der kommunistischen Partei, mußte sogar die Hilfe des deutschen Botschafters in Moskau in Anspruch nehmen, um Rußland verlassen zu können. (Zurück bei den Komm.: Schwindel!) Wenn es ein Schwindel ist, dann hat der Kämpfer geschwindelt, ich habe nämlich den Kämpfer jittiert. (Heiterkeit.) Die kommunistische Partei hat, wie zugegeben ist, noch niemals eine so günstige psychologische Situation vorgefunden, um gegen die sozialdemokratische Partei vorzugehen. In einer so schweren, schicksalvollen Zeit werden von einer großen Partei immer Fehler begangen. Die kommunistische Partei jetzt aber auf jeden Fehler von unserer Seite ein Duzend andere Fehler. Das gibt uns die Sicherheit, daß wir immer wieder den rechten Weg finden, und daß

unsere Partei diejenige ist, die die Massen des Proletariats sammelt.

In diesem Augenblick hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hinter den Fehler der vier Minister den Schlüssel gelegt, indem sie den Antrag stellte, daß der Panzerkreuzer A abzubrechen ist. So sieht man von unten, von den Dreigruppen bis oben hin eine einheitliche Linie. Die KPD war des Erfolges ihres Vorstoßes aber so sicher, daß sie die Frage des Panzerkreuzers zu einer Frage des Bruderkampfes machte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die kommunistische Partei stützte sich gerade auf diese Möglichkeit, die große sozialdemokratische Partei von 9 Millionen Wählern zu sprengen. Alles andere trat bei ihr in den Hintergrund. Das Endresultat war nicht nur die Ablehnung dieser Zerstückelungsabsichten der Kommunisten durch das ganze sozialdemokratische Proletariat, sondern durch eure eigenen Anhänger.

2 Millionen von euren Wählern haben euch die Gefolgschaft verjagt.

Wenn es irgendein Völkergedicht gibt, an dem wir zu lernen haben, so ist es die Tatsache, daß ihr mit diesem Volksbegehren ganz eifrig in eine solche Situation hineingeführt seid. (Lebhaftes Sehr wahr! und Sehr gut! bei den Soz.)

Geradezu komisch war die Haltung der kommunistischen Partei während dieser Aktion. Weber im Kämpfer noch in der roten Fahne wiegte man, das Ergebnis zu veröffentlichen; man schwing sich von Tag zu Tag aus und hoffte auf das Wunder, das kommen würde, um die Situation zu retten. Als das Ergebnis nicht mehr zu leugnen war, legte man, es habe an der Parole gelegen, die herausgegeben worden sei. Sie sei eigentlich opportunistisch, sei demokratisch, parlamentarisch gewesen, die deutsche Arbeiterpartei sei aber durch die kommunistische Schule gegangen und sei so revolutionär, daß sie zwischen revolutionären und parlamentarischen Parolen unterscheiden könne, so daß sie sich eben gewiewert habe, die opportunistische, parlamentarische Parole des SA mitzumachen. (Lachen bei den Soz.) Sie habe damit eigentlich den richtigen Weg beschritten. Wenn das wahr ist, was da der Kämpfer geschrieben hat, so habt ihr damit eure eigene Haltung während der vergangenen Jahre aufs härteste verurteilt. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn es nicht mehr möglich ist, die Massen für eine solche Aktion in den Kampf zu werfen, ist das die Schuld der KPD, die mit Kinderkompeten und Kopfbedeckeln im Reichstag den Parlamentarismus heruntergerückt hat.

Aber was sagt denn nun die Kuckuckslanta in Moskau? Die Prawda schreibt nämlich gerade

das Gegenteil.

Sie sagt, diese Aktion war revolutionär und alles, was zu Hause geblieben ist, waren diese verdamnten Kleinbürger in Deutschland,

die es nicht kapieren wollen, wenn wir eine revolutionäre Parole ausgeben. (Große Heiterkeit. Abg. Liebmann: Was ist denn nun richtig!) Es ist

das erste Zeichen der Gesundung des deutschen Proletariats, daß es nicht mitgemacht, sondern sich dagegen gewehrt hat, daß der Bruderkampf fortgesetzt wird.

(Sehr gut! h. d. Soz.) Und wenn noch ein Zweifel an der Liquidation der kommunistischen Partei besteht, so braucht man nur auf die inneren parteilichen Kämpfe der KPD zu sehen. Herr Böttcher steht ja selbst unter der Drohung des Ausschlusses. Noch vor wenigen Tagen wurde ihm die parteifeindliche Haltung durch einen Beschluß des Ekki attestiert. Herr Renner hat schneller Einschluß an Stalin gefunden und soll als Zivilkommissar etwaige Rechts- und verfahrensrechtliche Abweichungen des Kollegen Böttcher wieder eintreten. (Stürmische Heiterkeit.)

Böttcher streift dann den Korruptionsstand in der KPD und sagt, es ist jetzt die Schicksalsfrage der KPD, ob sie sich in den großen Kampf der deutschen Arbeiterpartei eingliedern oder ihr Spiel fortsetzen will. Auch wir haben die Parole ausgegeben: Hände weg von Sowjetrußland! Aber wenn man sich die Situation in Europa anschaut, dann muß man doch endlich dahin kommen, daß

die kommunistische Bewegung in Europa mindestens zur Stagnation verurteilt

ist und nicht vorwärts kommt. Man sehe sich doch die Gemeindeführer in England an. Und wenn ihr das Wort von Karl Marx kennt, daß jede revolutionäre Bewegung ein Sturm im Wasserglas bleibt, wenn das englische Proletariat nicht mit dabei ist (Lebhaft. Sehr richtig! h. d. Soz.), dann könnt ihr eure Weltrevolution auf den St. Nimmerleinstag vertagen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Und wie sehen die Verhältnisse in Österreich, in Frankreich und in der Schweiz aus? Ich erwähne das nur, um zu zeigen, daß man von einer kommunistischen Bewegung in Europa nicht reden kann.

Herr Böttcher hat auf die gefährliche Situation Sowjetrußlands hingewiesen. Wir wissen, daß eine gewisse Demonstration an der Westfront Rußlands stattgefunden hat. Da es aber eine nennenswerte kommunistische Bewegung in Europa nicht gibt, so sind es nur die zwölf Millionen Gewerkschafter in Europa, die Karte Macht der Sozialdemokratischen Partei, die allein durch ihre Existenz es unmöglich machen, einen Krieg gegen Sowjetrußland vom Zaune zu brechen, weil sie in diesem Augenblick sofort die Konsequenzen ziehen würden. (Lachen h. d. Soz.)

Unser Genosse wandte sich darauf den vorliegenden Anträgen zu und erklärte dabei: Ich will zunächst eine Illusion zerstören, die sich rechts und links immer wieder auftritt und die heute auch in der Rede des Herrn Böttcher zum Ausdruck kam, nämlich die Illusion, als wenn die sächsische Sozialdemokratie in ihrer Handlungsweise in Bezug auf Bildung einer Koalition und auf die Bildung des Kabinetts irgendwie von anderer Seite her gebunden wäre. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wollt ihr das ein für allemal entgegennehmen! Damit wende ich mich auch an die Vertreter der Presse, die immer wieder auf dieselbe Sache hereinfallen.

Die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie wird lediglich durch den Landesparteitag und die Richtlinien der sächsischen Partei bestimmt. Kein Parteivorstand und keine Gruppe aus der sächsischen Sozialdemokratie hat das Recht, uns in diese Bestimmungen hineinzuwerfen.

(Sehr richtig! h. d. Soz.)

Zur Frage, warum dieses Parlament aufgelöst werden muß, hat es keinen Zweck, in der Weltgeschichte herumzuschweifen, sondern wir haben es hier mit Söhnen zu tun und zu befehlen, daß der Landtag nicht mehr arbeitsfähig ist und aufgelöst werden muß. Die letzten Reichstagswahlen haben ergeben, daß die Landtagsmehrheit nicht mehr die Mehrheit der Wähler hinter sich hat. Mindestens die eine Gruppe,

die KPD ist vollständig aufgegeben

worden. Daß diese Partei ihre Zeitung noch hält, ist nur darauf zurückzuführen, daß der Volksstaat in einer geradezu unverantwortlichen Weise von der Regierung finanziert wird. Es werden ihr Druckkosten zugewandt, damit sie sich über Wasser halten kann. Das grenzt an Korruption, und an Korruption grenzt es auch, wenn die bürgerliche Mehrheit diese vier Leute, obgleich sie weiß, daß sie zu Unrecht hier sitzen, immer noch benutzt, um weiterzureden zu können. Weil die Regierungsmehrheit auf derart unmoralischen Füßen steht, deshalb kann auch alles, was darin zum Ausdruck kommt, nichts anderes als Claqueurwirtschaft sein. Jede Gruppe verachtet, gegen die andere vorzugehen und möglichst viel für sich herauszuholen. Jeder Versuch, eine Politik zu machen, die im Interesse des Volkes liegt, ist unmöglich wegen der Gegenläufigkeit, die innerhalb dieser Regierungsparteien selbst besteht.

Die Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu der Verwaltungsreform und zur Vereinfachung des Reiches ist ein Skandal. An vielen hervorragenden Beamtenstellen sitzen KPD-Leute, die nicht von ihren Posten weichen wollen. Und so kommt die Verwaltungsreform nicht zum Ziel. Es gibt eine wunderbare Geschichte von dem Swinegel und dem Haken, die einen Wettkampf gemacht haben. Der Swinegel, der schlauer ist, hat seinen Bekannten, seiner Verwandtschaft gesagt, sie sollen sich überall an den Ecken der Furchen hinstellen, und als der Haken seinen Wettkampf machte und ans Ende kam, sah er immer schon den Swinegel da. So ist es hier: die Swinegel sitzen überall an ihren Posten, und wenn man mit Reformen beginnen will, ist alles besetzt. Das nennt man nachher Verwaltungsreform. (Heiterkeit.)

Böttcher kritisierte dann scharf die Haltung des Ministerpräsidenten in der Lohnsteuererfassungsfrage und das hierbei von den Demokraten getriebene Doppelgesicht, sowie die Stellungnahme des Finanzministers in der Frage der gestuften Mietzinssteuererträge. Dieses Spiel mit den Interessen des Volkes sei so traurig, daß man sich wirklich immer wieder darüber wundern müsse, mit welcher Offenheit die Dinge hier behandelt werden.

Die Krönung des ganzen Theaters ist das Spiel, das sich jetzt vor dem Staatsgerichtshof abspielt. Dieser höchste Gerichtshof für Staatsgerichte macht das Spiel der Regierung Heldt mit und erwidert dadurch den Anschein, als wenn er der Schlichter der bürgerlichen Regierungsmehrheit in Sachen sei. (Hört, hört! h. d. Soz.) Der Staatsgerichtshof hat sich dazu hergegeben, festzustellen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, die in Sachen eine ganze Anzahl von Dreigruppen, einen Landesparlament und etwa 2000 Mitglieder noch hat, als eine Partei zu erklären, die keine Partei sei, weil hier mit der KPD nicht das Geschäft gemacht werden konnte, wie man es vorher mit dem Zentrum gemacht hatte. Und nun kommt als letzter Trumpf die Verflechtungsabsicht der Regierung Heldt, den ganzen Prozeß vor das Reichsgericht zu bringen. Hier treibt das höchste Gericht für Staatsgerichte ein Spiel, das für die Rechtspflege in Deutschland außerordentlich beschämend ist. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Sozialdemokratie wird heute für den Auflösungsantrag und auch für den Mißtrauensantrag der Kommunisten stimmen, weil wir überzeugt sind, daß der Kampf, den wir gegen die Regierung und diese Mehrheit führen, auch draußen in den Reihen der Wählerpartei der bürgerlichen Parteien ein Echo finden wird, daß sich die Leute, die damals die vier KPD-Leute, die Aufwärtler oder Demokraten gewählt haben, angesichts einer solchen Korruption die Frage vorlegen werden, ob sie weiterhin mit ihrem Gewissen und mit ihrer Gewissung bei einer dieser Parteien ver-

bleiben können, oder ob sie als Angestellte und Arbeiter die Konsequenz zu ziehen und zu der Sozialdemokratie zu stoßen haben.

Den Kommunisten sagen wir aber: Wenn irgend etwas die Festigkeit und Stärke und Unerschütterlichkeit der Sozialdemokratischen Partei gezeigt hat, wenn irgend etwas gezeigt hat, daß unsere Partei dazu berufen ist, die Rolle des Führers des Proletariats zu spielen, dann ist es das Ergebnis des Volksbegehrens gewesen, an dem Ihr euch die Köpfe eingekramt habt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nachdem sich dann noch Herr Renner in einer längeren Polemik gegen die SPD erschöpft hatte — die Regierungsparteien blieben ihrer alten Taktik treu und schwiegen —, kam es zur

Abstimmung,

über deren Ergebnis von vornherein nicht der mindeste Zweifel bestand.

Beide Anträge wurden geschlossen mit den Stimmen der Regierungsparteien und der beiden Nationalisten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. November.

Spiele, Sport, Körperpflege

Abbruch sportlicher Beziehungen

Durch Einladung des finnischen Arbeitersportbundes (TWS) besuchten ihn russische Fußballspieler aus Moskau und spielten am 14. Oktober. Aber die Russen verblieben in Helsingfors und spielten trotz Verbotes des TWS am 21. Oktober mit den wegen des Besuches der Sportclubs aus dem Bund ausgeschlossenen Fußballspielern. Wegen dieser und schon früher geschehener Verletzungen des Pariser Kontraktes der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale sind auf Beschluß des Bundesvorstandes die sportlichen Beziehungen mit den Russen bis zu einer zufriedenstellenden Klärung abgebrochen. Wir erwarten Solidarität.

Zu dieser Angelegenheit erfahren wir noch, daß der Führer der russischen Mannschaft, Kaplan, Sekretär der Roten Sport-Internationale, eine Woche vor dem zweiten Spiel erklärte, die russische Mannschaft trage in Helsingfors nur ein Solospiel aus. Veranstalter des zweiten Spieles war die kommunistische Oppositionssportzeitung Tjöönen Arheiluehti.

Die Pariser Beschlüsse der SASZ besagen klipp und klar:

„Die Mannschaften sind ausschließlich Gäste des veranstaltenden Verbandes, sie haben sich offiziell aller sportlichen und politischen Kundgebungen, sowie des offiziellen Verkehrs mit den politischen Parteien zu enthalten, soweit dies nicht durch die beiden nationalen Verbände vereinbart worden ist. Mit den Verbänden, die sich von der Roten Sport-Internationale abgespalten haben, sind Wettkämpfe nicht gestattet.“

Die Russen waren Gäste des finnischen Arbeitersportbundes, der ihnen Wohnung, Verpflegung, Fahrgehalt und Reiseauslagen in Finnland stellte. Die Gastfreundschaft wurde von den Russen schändlich verkehrt und der Sekretär der SASZ trat als Heuchler auf. Seine Heuchlerrolle übernahm nicht, war er es doch, der auf dem Kongreß der SASZ im August d. J. in seinem Bericht die tatsächliche Umstellung der SASZ forderte, über die er in einem besonderen Referat wörtlich gesagt hatte:

„Wir fordern nun die Zusammenberufung einer Konferenz mit Delegierten der unteren (?) proletarischen Sportorganisationen. Früher veranstalteten wir gemeinsame Wettkämpfe nur nach Vereinbarung mit den besonderen Sektionen und ihren Führern. Nun gibt es eine Anzahl von Sektionen, die diese Wettkämpfe gegen den Willen ihrer Führer veranstalten wollen, und wir müssen solche Wettkämpfe organisieren, trotz des Willens der reformistischen Häupter.“

Die Einheitsfront auf dem Papier, die Spaltung in der Praxis, das ist die Methode der SASZ. Von ihren Verbänden verlangt die SASZ Disziplin bis zum Kadavergehorsam, die Sportler der SASZ fordert sie auf, die Disziplin zu brechen. Das ist die Einheitsfront nicht, reinkliche Scheidung tut not.

Städte-Schwimmwettkampf

Berlin — Görlitz — Leipzig.

Am Sonntag veranstalteten die Freien Schwimmer Groß-Berlin im Neudöbler Stadtbad einen Städtewettkampf. Annähernd 600 Zuschauer waren Zeuge spannender Kämpfe. Gleich die zu Anfang geschwommene 6 x 50-Meter-Freistilstaffette für Männer brachte einen scharfen Kampf. Hellas führt bis zum zweiten Mann, doch dann schiebt sich Groß-Berlin nach vorn und gewinnt in 3:14¹⁰ Minuten vor Hellas (3:23¹⁰), während Leipzig knapp Dritter vor Görlitz wird. Die Frauenlagistaffette sah Groß-Berlin in 5:01¹⁰ Minuten vor Hellas (5:22¹⁰) mit großem Vorsprung siegreich. Bei der Männerlagistaffette 4 x 100 Meter waren wieder Groß-Berlin und Hellas die Hauptgegner. Die beiden ersten Schwimmer tragen Kopf an Kopf. Der Rindenschwimmer von Hellas holt für seinen Verein einen Vorsprung von 5 Metern heraus, den aber der Schlussschwimmer von Groß-Berlin wieder aufholt, um überlegen den Sieg für Groß-Berlin in 5:24¹⁰ Minuten vor Hellas (5:26) an sich zu bringen. Leipzig und Görlitz eine Bahnlänge zurücklassend. Groß-Berlin übernimmt in der 3 x 100-Meter-Frauenbruststaffette die Führung vor Hellas und Görlitz. Groß-Berlin fällt zurück und Görlitz setzt sich vor Hellas und Groß-Berlin. Den erzwungenen Vorsprung gibt Görlitz nicht wieder her und gewinnt trotz starken Aufwands von Groß-Berlin in 5:43¹⁰ Min. Wegen Distanzierung wurde aber Groß-Berlin Erster in 5:44¹⁰ Minuten. Groß-Berlin legt sich gleich nach dem Start in der 3 x 100-Meter-Männerdruststaffette in Führung vor Hellas, Leipzig und Görlitz; die Reihenfolge bleibt bis zum Schluß. Groß-Berlin 4:28¹⁰ Minuten, Hellas 4:36¹⁰ Min. In ganz überlegener Weise siegte Groß-Berlin in der Frauenfreistilstaffette 3 x 50 Meter durch die letzte Schwimmerin, die vom letzten Platz das anfangs eingebüßte Terrain aufhakte und in 2:19¹⁰ Minuten vor Leipzig (2:25¹⁰) ans Ziel anstieß. Die Männerfreistilstaffette 6 x 100 Meter brachte das gleiche Bild wie die 6 x 50-Meter-Staffette; Groß-Berlin liegt vor Hellas, Görlitz und Leipzig in 7:37 Minuten.

Den Schluß des Festes bildeten drei Wasserballspiele, die gleich starke Gegner zusammenbrachte. Hellas siegte gegen Görlitz mit 5:3 Toren, Halbleist 3:2, und Leipzig und Groß-Berlin trennten sich unentschieden 4:4, Halbleist 3:1 für Leipzig. Leipzig hatte etwas mehr vom Spiel, doch Groß-Berlin glück dies durch schnelleres Schwimmen und gute Torwächterarbeit aus. Die Jugend der Gruppe Neudöbler gewann gegen Richtenberg 6:2.

Das Gesamtergebnis des Städtekampfes zeigte folgendes Resultat: 1. Groß-Berlin 28 Punkte; 2. Hellas 18 Punkte; 3. Leipzig und Görlitz je 10 Punkte.

Jugendpartei. Die ausgegebenen Karten für die Reunionsfeier sind bis Donnerstag abzurechnen. Wer im Vorverkauf keine Karte hat, zahlt an der Kasse 50 Pfg.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Straßburger Kartoffeln 40 Pfg. Spinaat mit Spagat 85 Pfg. — Schlachtfest. — Morgen: Gefüllter Weißkohl mit Speck 90 Pfg.



Der Aufmarsch am 9. November

Gegen Regiebetrieb

Die Errichtung von Unternehmen zur Herstellung von Gegenständen des täglichen Gebrauchs ist nach Auffassung der Kappfechter des Kapitalismus Monopol derer, die mit Eisen der Jagd nach Profit obliegen.

Der Protest wendet sich namentlich gegen das starke Ueberhandnehmen behördlicher Drudereibetriebe (Regie. D. R.), gegen die Verteilung behördlicher Aufträge ausschließlich an solche Betriebe und hauptsächlich auch gegen die Ueberpannung der Konkurrenz, die der Privatwirtschaft durch die Reichsdruckerei gemacht wird.

Im privaten Geschäftsleben ist es selbstverständlich, daß jeder seine Aufträge dorthin gibt, wo er am besten bedient wird. Ueber die Leipziger Buchdrucker und Buchbinder machen die Öffentlichkeit mobil gegen die Selbstverständlichkeit, daß Behörden die Regiebetriebe, d. h. die eigens für die Deckung der Bedürfnisse der Behörden geschaffenen Betriebe mit Aufträgen bedenken.

Briefsendungen mit ungenügender Aufschrift

Von je 1 Million aufgeflesener Postsendungen bleiben rund 200 Briefe und 500 Postkarten jährlich endgültig unausbringlich, d. h. sie können weder dem Empfänger zugestellt noch dem Absender zurückgegeben werden.

145 neue Mitglieder

Hat die Werbstattdank der Genossinnen und Genossen bis jetzt dem Ortsverein Leipzig-Ost gebracht. Bravo! Parteigenossen der anderen Bezirke: ihm nach!

Jeder Empfänger hilft die Ankunft seiner Briefpost beschleunigen, wenn er dahin wirkt, daß in der Aufschrift regelmäßig das Zustellamt bezeichnet wird. Am wirksamsten wird das Ziel erreicht, wenn die Absender in Leipzig im Kopf der von ihnen ausgehenden Schreiben außer der Wohnung usw. das für sie zuständige Zustellamt (Leipzig C 1, S 3, N 21, W 31 usw.) angeben.

Vorfällige Brandstiftung

Am 1. November gegen 7.30 Uhr ist in der Rantline des Gemeindeparkplatzes Dörsch-Marktlebera ein vorfälliger gelegter Brand bemerkt worden, ehe das Feuer größeren Schaden anrichten konnte.

Der Täter hat am Tatort eine noch bis zur Hälfte mit Petroleum gefüllte Blechkanne 29x16x11 1/2 Zentimeter groß, aus gelbem Blech, mit Henkel aus gleichem Metall und verschraubbarem Verschluss aus Weißblech, zurückgelassen.

Am 9. November werden die Arbeiter aufmarschieren, um in wichtigen Demonstrationen den Tag zu begehen, an dem im November 1918 das alte monarchistische System zusammenbrach. Vor zehn Jahren war es die deutsche Arbeiterklasse, die Schluß machte mit dem nöksterrordenen Krieg.

Revolutionsfeier — das ist kein frohes Fest, das soll heißen, daß die Arbeiter an diesem Tage ihren Willen bekunden, zu kämpfen für den Sieg des Sozialismus. In Leipzig muß der 9. November zu einem Massenaufmarsch der arbeitenden Schichten werden.

Abteilung I: Friedrich-Liſt-Straße, Ecke Hofmeisterstraße, 19 Uhr; II: Jahnstraße, Ecke Nonnenstraße, 19 Uhr; III: Stern, Köhlig, 19,30 Uhr; IV: Entzweiſch, Ecke Theresien- u. Wittenberger Str., 19 Uhr; V: Schönefeld, Stannbeinplatz, 19,30 Uhr; VI: Thonberg, Schmuckplatz, 19 Uhr; VII: Schleich, Brothausstr., Ecke Köhnerstr., 18,30 Uhr.

Privilegiertes Bier

Brau- und Bierwirtschaft im alten Leipzig

Privilegiertes Bier ist eine teuflische Flüssigkeit. Das hat der Rat der Stadt Leipzig in früheren Jahrhunderten oft bitter empfunden müssen. Die Bierbrauerei war noch Heimarbeit, Heimarbeit für die von Besitz und Recht. Der Rat wollte das Brauen und den Bierausgang in eigene Regie nehmen, weil ja dann die Einnahme der Stadtkasse zufließen; er erlaubte seinen Bürgern das Alkoholtrinken jedoch nur löffelweise, wenn sie selbst Bier brauen wollten.

Die „sicheren Bürger“, die die Befugnis hatten, ein oder mehrere Bier zu brauen, mußten ihr Haus und Gewerbe in der inneren Stadt haben. Kurz gesagt, heißt man sie heute Hausbesitzer. Ihr Haus hieß Brauerbe. Die Braubefugnis wurde „Gebrauch und Gerechtigkeits“ und wurde besteuert. Diese Haus- und Biersteuer hieß der „Schopf“. Je mehr Bier, je mehr Schopf.

Wer sich aber einmal mit der Gerechtigkeit einläßt, wie die Leipziger Ratsherren, muß peinlich darauf achten, daß die bestehenden Vorschriften eingehalten werden. Ridel, der Bader, z. B. hatte zwar ein Haus auf der Hainstraße, Nahrung und Wohnung aber vor dem Stabitor. Der Vermite erhielt also kein „Bier auf sein Haus“.

Natürlich blieb es bei diesen kleinen Verboten gegen die Privilegien und Vorrechte nicht. Bei Festen und Hochzeiten langte das Bier nicht. Vornehme Studenten machten den Besuch der Universität davon abhängig, daß sie bestimmte Mengen fremder Biere einführen durften, da die Kollegienhäuser nur die Erlaubnis hatten, an Universitätsverwandte Bier abzulassen.

„benn wo es ihm nachgelassen, würden sich andre Doktoren des auch befleißigen“. Einem anderen Professor namens Camerarius schlug man es auch ab. Auch er wandte sich an den Herzog. Dieser ließ an den Leipziger Rat schreiben: man möchte doch gegen solche vortheilhaft gelehrte Leute, die er Gotte zu Liebe und zu Beförderung guter Lehre von fremden Dörtern nicht ohne Aufkosten zu seiner Universität bringe, billig und entgegenkommend sein.

Solche Vorbilder der Professoren konnten nicht ohne Wirkung auf die Studenten sein. Das Souf- und Rauffstudententum kam zu schönster Blüte. Die Händel und Schlägerlein mit Bürger- und

Bezirk Süden: Am Reuz, 10 Uhr. Quasch trifft sich 8,30 Uhr am Gasthof Lühshena; Gohlis: Ridau-Aueschank, 9,30 Uhr; Köhlig: Fichtende, 9,30 Uhr; Reichsbanner: Fleischplatz, 9,30 Uhr; Kinderfreunde: Uferstraße, 10 Uhr.

Die künstlerisch umrahmten Veranstaltungungen, in denen auch der Film „Das Ende von St. Petersburg“ aus der Geschichte der russischen Revolution gezeigt wird, finden statt:

Volkshaus, Zoologischer Garten, Schloßkeller, Kahlers Festsaal, Schwarzer Jäger-Platz, Reichsruferweiser. Beginn 19 Uhr. Goldene Krone-Connewitz, Löwenpark-Schillerstr., Turnhalle-Paunsdorf, Goldener Röhre-Wäldern, Deutsches Haus-Lindenau, Felsenkeller-Blagow. Beginn 20 Uhr.

Die letzten Tage müssen zu einer eifrigen Agitation für die Beteiligung an der Revolutionsfeier benutzt werden. Niemand darf abseits stehen!

Stellplätze und Stellzeiten zum Fackelzug

Die Genossinnen und Genossen werden dringend ersucht, sich an dem für Donnerstagabend veranstalteten Fackelzug des Reichsbanners zahlreich zu beteiligen. Es stellen

Abteilung I: Friedrich-Liſt-Straße, Ecke Hofmeisterstraße, 19 Uhr; II: Jahnstraße, Ecke Nonnenstraße, 19 Uhr; III: Stern, Köhlig, 19,30 Uhr; IV: Entzweiſch, Ecke Theresien- u. Wittenberger Str., 19 Uhr; V: Schönefeld, Stannbeinplatz, 19,30 Uhr; VI: Thonberg, Schmuckplatz, 19 Uhr; VII: Schleich, Brothausstr., Ecke Köhnerstr., 18,30 Uhr.

Die Kinderfreunde

Die Kinderfreunde haben für ihre Gemeinschaften der Kleinen ebenfalls eine Frier veranstaltet. Sie werden nach vollständigem Aufmarsch am Markt vorbeiziehen und nach dem Volkshaus marschieren, um dort dem Verständnis der Kleinen angepaßte Darbietungen zu geben.

Handwerkergilden, das provozierende Auftreten und die Saufgelage sind ein besonderes Kapitel der Leipziger Stadtgeschichte. Eine klassische Rundgebung studentischer Bildungsbefähigung liegt in folgendem Vers:

Die Züge einer fremden Gegend kennen, der Städte Pracht und ihre Namen nennen, ist nichts als bloße Theorie. Allein in Städten hübsche Mädchen küssen, Des Dorfes Bier und keine Stärke wissen, ist praktische Geographie.

Der Streit um die Bierprivilegien nahm kein Ende. Nicht nur mit den Stadtbewohnern, sondern auch mit den Dörfern mußte sich der Rat herumkämpfen. Die Herren von Bindorf und Pöschner beschwerten sich. Dem Pöschner von Leusch wurden 2 Fäß Bier weggenommen. Hingegen konnten wieder die Schenkweine in Wachau, Holzhausen, Zibler (Zöbinger), Stedel (Städtern) und Kuschnig (Wausch) brauen und fremde Biere einführen. Es hagelte Verträge mit Widerruf, „Schiede“ mit Kurfürsten, mit Mebtien und Präposten. In einer Beschwerde über „die Bevorzugung der Gewaltigen beim Brauen“, hieß es, daß man „fremde Biere sehr in die Städte und Vorstädte mit Krügen und Fäßlein trage“.

Nach und nach waren Brau- und Malzhäuser entstanden, von denen aber keins dem Rat gehörte. Die meisten standen auf dem Brühl und waren meist Eckhäuser. Die Malzer und Brauer wurden auf dem Rathaus eidiich verpflichtet. Aber da gab es nun wieder Streit! Die Brauer und Malzer wurden nämlich mit Bier bezahlt. Diese vernünftigen Arbeiter wollten aber gar kein Bier, sondern Bezahlung und Lohn für ihre Arbeit.

Der Zusammenbruch der Privilegiertwirtschaft, die ein Chaos heraufbeschwört hatte, war damit gekommen. Die Schädlichkeit des Alkohols und die heute vorhandene Macht des Alkoholkapitals steht auf einem anderen Blatte. Denn man kann dem damaligen Rat keinerlei ethische Absicht zugestehen, daß er etwa weite Kreise vom Trinken abhalten wollte. Das Trinken war ein Vorrecht der Herren- und Bürgerleute, das ihnen auf Grund ihres Herkommens zukam. Basta!

Erst das Auftreten der Brauer und ihrer Lohnforderungen brachte Sinn in die groteske Bierkomödie des Leipziger Rates.

An unsere Leser!

Nochmals ersuchen wir unsere Leser, bei den Einkäufen, die sie vornehmen und bei dem Besuch von Unterhaltungsstätten, Theater, Kinos, Tanzsalons, Konzertsälen die Zurechtent uneres Blattes zu berücksichtigen. Geschäftsteute, die ihre Anzeigen bei uns nicht erscheinen lassen, geben damit deutlich zu erkennen, daß sie unsere Leser und deren Familien als Kunden in ihren Läden und als Besucher ihrer Lokale nicht sehen wollen.

SPD Groß-Leipzig: Mitgliederversammlung

Montag, den 12. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Leipzig, und Dienstag, den 13. November, 20 Uhr, im Goldenen Löwen, Taucha, spricht Genosse Siegmund Kunfi-Wien, ehem. ungarischer Volkskommisar, über: Die geschichtliche Stellung der russischen Revolution

Bei der Bedeutung dieses Themas erwarten wir zahlreichen Besuch / Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch SPD, Groß-Leipzig

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Zentralkursus Graf: „Der Imperialismus der Großmächte“. Beginn Sonnabend, den 10. November, 20 Uhr, im großen Lehrsaal der Vniversität, Friedrichstraße 32. Fortsetzung 17., 18., 24., und 25. November. Der erste mit vorgesehene 11. November fällt aus. Kursusbauer: Sonnabends von 20 bis 22 Uhr, Sonntags von 8 bis 13 Uhr, einschließlich zwei Pausen. Alle gemeldeten Teilnehmer sind zugelassen.

Bezirkskursus Vielgl: „Der Kampf um die Macht“, beginnt Donnerstag, den 8. November, 19 Uhr, in der 27. Volkshule, Thonberg. Anmeldungen werden im Kursuslokal noch entgegen genommen. Unterbezirks-Bildungsausschuss.

SPD-Strassenbahner (Fahrpersonal).

Dienstag, den 13. November, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der SPD. SPD Groß-Leipzig.

Frauen.

Mittwoch, den 7. November, 19 bis 21.30 Uhr, im Heim: Arbeitsabend. Material zur Diskussion (Zeitungsartikel) mitbringen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Achtung, Gruppenvorsitzende und Kassierer! Die Wochenprogramme müssen bis Donnerstagabend im Sekretariat eingeleitet werden, andernfalls kann keine Veröffentlichung in der WJ am Sonnabend erfolgen. Kassentunde gleichfalls am Donnerstag von 19 Uhr ab.

Bezirk Norden I trifft sich Freitag 9 Uhr am Arbeiterheim Mödern.

Im Töpferheim sind am Sonntag noch Zimmer frei. Meldungen sofort im Sekretariat abgeben.

Koffer Filmabend am 18. November in Paunsdorf, Turnhalle. Beginn 17.30 Uhr. Karten im Sekretariat abholen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Kleinjocher. Unter allgemeiner Gruppenabend am Donnerstag fällt aus. Zur Revolutionsfeier treffen wir uns Freitag 8.30 Uhr am Köhlerberger Erker. Alle Kinder und Helfer müssen kommen.

Macranstäd. Unsere Spiel- und Bastelabende im Winterhalbjahr finden regelmäßig jeden Dienstag vor 17.30 Uhr an im Kleinen Saal des Volkshauses statt.

Engelsdorf. Mittwoch beginnen unsere Arbeitsabende. Südosten. Helfersitzung fällt heute aus.

Sprechstunde und Reichsbanner-Spielfeste.

Heute, 19 Uhr: Hauptprobe für den 9. November in der Turnhalle, Pestalozzistraße 4, am Schleißiger Weg.

Mitglieder-Veranstaltungen

Thonberg-Neureuditz. Die Mitglieder des Ortsvereins treffen sich Donnerstag, 19 Uhr, auf dem Schmuckplatz, Stötteritzer Straße, zum Fadelzug.

Löhnig. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Heim: Mitglieder-versammlung. Genosse Walke spricht über „Moderne Dichter der Revolution“ (mit Rezitationen). — 19 Uhr: Funktionärstag.

Gohlis. Wir beteiligen uns am Fadelzug des Reichsbanners Donnerstag, den 8. November. Beginn des Umzuges 19 Uhr in der Eutrich, Schmuckplatz, Ecke Theresien- und Wittenberger Straße.

Zwenkau. Revolutionsfeier im Katschler, 20 Uhr. Alle Genossen und Angehörige stellen 18.30 Uhr zum Fadelzug am Volkshaus.

Thella. Betrifft Revolutionsfeier. Alle Parteigenossen stellen Freitag 18.30 Uhr, bei Steinberg, nach Taucha. Revolutionskarten sind beim Genossen Schirmer das Stück zu 50 Pfennig zu haben.

Mit-Beipzig. Alle Mitglieder beteiligen sich morgen Donnerstag, den 8. November, an dem Fadelzug des Reichsbanners. Treffen 18.30 Uhr Friedrich-List-Straße, Ecke Hofmeisterstraße.

Brandis. (Revolutionstage). Die Revolutionsfeier der Partei findet am 9. November, 20 Uhr, im Gasthof Drei Linden, Cämmerlei, statt.

Kauhof. Donnerstag, den 8. November, 19.30 Uhr, im Goldenen Stern: Revolutionsfeier, verbunden mit Gedenkfeste zum 50. Jahrestag des Sozialistengesetzes vor 50 Jahren. Ehrung der alten Parteigenossen und -genossinnen. Feste des Genossen Wählel und des Jugendgenossen Alberts, Leipzig. Mitwirkende: Kabarett „Die roten Späher“, Leipzig. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

In der Mütterberatungsstelle 1 (Kinderkrankenhaus, Leipzig-Neuditz, Ditzstraße 21/25) hält Privatdozent Dr. Rosenbaum Donnerstag, den 8. November, 19.30 Uhr, einen Vortrag über: Das nervöse Kind. Eintritt frei.

Kreisshauptmannschaft. Wegen Reinigung der Geschäftsräume können bei der Kreisshauptmannschaft Leipzig am Donnerstag, Freitag und Sonnabend, den 15., 16. und 17. November 1928, in den Kraftfahrabteilungen und in der Abteilung für Schwerbeschäftigtenfürsorge am 17. November nur dringende Sachen erledigt werden.

Museum für Länderkunde. Die Besuchszeiten des Museums sind ab 5. November am wochentags 9-16, Sonntags 10.30-14 Uhr festgesetzt. Die Ausstellung Afrika-Ostafrika sowie die Sonderausstellungen bleiben weiterhin geöffnet. Eingang Täuscheweg. Eintritt frei.

Museumsführung. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischerplatz (Eingang Vorkingstraße 3) veranstaltet am Mittwoch, den 7. November, 7.45 Uhr, eine öffentliche Führung in der Schau-sammlung: Die Steine des Feldes als Zeugen der Eiszeit (K. Gläsel). Die Führung leitet die Führerreihe „Ein Gang durch die heimatische Erdgeschichte“ ein. Die Führungen der Reihe erfolgen bis zum 12. Dezember jeden Mittwoch. — Der Besuch ist für jedermann frei.

Das Feuerwehramt gibt bekannt: Im Oktober 1928 wurde die Feuerwehr 106mal alarmiert. Davon waren 2 Groß-, 4 Mittel-, 31 Kleinfeuer, ein Eisenbrand, 4 Landfeuer, 10 Mähe Alarmierungen, 4 Falschmeldungen, 15 Aufhebungen von Tieren und 35 sonstige Hilfeleistungen. Auf den Sanitätswachen kamen insgesamt 2136 Fälle zur Behandlung. Die Zahl der Krankentransporte betrug 1805, die zurückgelegten Fahrten 16 783 Kilometer.

Luftpostverkehr. Am 5. d. M. sind weitere Einfliegepläne im Luftpostverkehr eingeleitet. Ähnlich bestehen vom Flughafen Hal-Elg (Schönau) aus nach folgende Flugverbindungen in abgehender Richtung: Nach Nürnberg-Fürth, München um 11.20 (10.20), nach Köln um 11.25 (10.20), nach Berlin um 12.25 (12.25). Die Angaben in Klammern geben die Schluszeit für die Aufhebung von Luftpostsendungen beim Postamt Leipzig C 2 (Hauptbahnhof) an. Beim Postamt Leipziger C 17 (Hauptbahnhof) liegt die Schluszeit ¼ Stunde, beim Postamt Leipzig C 1 (am Hauptbahnhof) 20 Minuten früher.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Achtung, Männerchor der Bezirke Norden und Zentrum-Süden, Freitag, den 9. November, 8.30 Uhr, Probe im Volkshaus, großer Saal. Noten von „Ich warte dein“ und „Sturm“ sind mitzubringen. Es ist Pflicht, daß alle Vereine reiflich und pünktlich erscheinen.

Reitner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Kalbfleisch — gute Qualität — Donnerstag, den 8. November, von 8-15 Uhr, und Sonnabend, den 10. November, von 8-14 Uhr, im Städtischen Schlachthof. Einzelpreis das Pfund 90 Pf. Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Glückswort auf den Freibänken. Morgen Donnerstag: Freibank I und II freier Verkauf.



Kommunistische Schwindelmanöver

Die Volksbegehrenliste der KPD hat auch in Pöggau nicht haltgemacht. Brachten die Kommunisten vor einigen Jahren noch Hunderte auf die Beine bei Demonstrationen, Wahlen usw., so daß man eine Zeitlang von der „kommunistischen Hochburg Pöggau“ sprach, so sind es heute nur noch wenige, die hinter der Fassade mit dem Sowjetstern herlaufen. Nichtsdestoweniger versuchen die kommunistischen Koryphäen Pöggaus, durch gemeinste Hehe gegen die Sozialdemokratische Partei und Sozialistische Arbeiterjugend über ihren eignen Zerfall hinwegzutäuschen. Das Schwindeln können sie nun einmal nicht lassen. So brachten diese Arbeiter Moskauer unfähig einen Artikel in dem Leipziger Rubelblättern. Beinhaltet war diese Weisheit sozialistisches Geistes: Die Pöggauer Gewerkschaftsjugend gegen sozialdemokratische Diktatur. Nachdem man in diesem Artikel den im September abgehaltenen SAJ-Tag und die SPD-Funktionäre Pöggaus genügend „entlarvt“ hat, wird u. a. behauptet, das Pöggauer Gewerkschaftsstatut sehe der freien Gewerkschaftsjugend zwei „Erzieher“ auf die Nase. Das ist natürlich blühender Unsinn. Die FÖJ Pöggau hat sich durch einen selbst-geschaffenen Beschluß zwei Vertreter aus dem Gewerkschaftsstatut geholt, um das Zusammenarbeiten zwischen diesen beiden Organisationen inniger zu gestalten. Ebenfalls ist es Schwindel, wenn behauptet wird, daß die „reformistische“ Gewerkschaftsjugendleitung sich bei jeder Abstimmung in der Minderheit befinde, während die „Opposition“ stets die Mehrheit auf sich vereinige. Dieser kommunistische Traum gehört längst der Vergangenheit an. Selbst diese „Weltrevolutionäre“ Gelder der freien Gewerkschaftsjugend unterschlagen und für ihre Parteizwecke verwenden haben, ist es mit ihrer Herrschaft in der FÖJ aus. Mit solchen Leuten will die Pöggauer Arbeiterjugend nichts mehr zu tun haben. Zu guter Letzt orakelt man in diesem Artikel, daß Gertrude Krauß mit den Faschisten zusammen ein Denkmal in Pöggau baue. Diese Behauptung ist glatt aus den Fingern geblasen. Genosse Krauß ist viele Jahre hindurch in der Pöggauer Arbeiterbewegung tätig und genießt daselbst großes Vertrauen. Die Pöggauer SPD-Bewegung kann nämlich nicht solche Leute aufweisen wie einen Herrn Krauß von der KPD, der seine Aufgabe als Stadtratsmitglied darin erblickte, daß er sich seine Diäten für die Stadtratsordnungsung im voraus zahlte. Sieh, um dann auf Zimmerwiedererben aus Pöggau zu verschwinden.

So täuscht auch diese sensationelle Enthüllung in der SAJ nicht mehr über den Zerfall der Pöggauer KPD hinweg. Mit Ekel wendet sich das Pöggauer Proletariat von dieser Sorte Arbeitervertreter. Dem ehrlich denkenden Arbeiter bleibt nur der eine Weg: hinein in die Sozialdemokratische Partei, denn nur dort werden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung am wirksamsten vertreten.

ma. Taucha. Stadtratsordnungsung. Der Rat teilt mit, daß Frau Dora Schüring aus Annaberg als Fürsorge-schwester gewählt worden ist. — Die Dachdeckerarbeiten für die städtischen Wohnungsneubauten sind am Dachdeckermeister Radtke, Leipzig, zum Preise von 2082 Mk. vergeben worden. — Die Kirche hat die Höhe für Grab- und Urnenstellen und für Grabereitigung um etwa 100 Prozent erhöht. Der Rat ist einverstanden, daß bei der städtischen Totenbestattung nach diesen Sätzen gezahlt wird. Die nicht teilten, es hält eine derartige Erhöhung nur dazu angetan, die sozialdemokratische Fraktion an kann die Ansicht des Rates verhafte städtische Totenbestattung so zu verteuern, daß sie in Zukunft nicht mehr durchzuführen werden kann. Sie beantragt deshalb: Den Rat zu beauftragen, nochmals mit der Kirche in dieser Angelegenheit zu verhandeln und dem Ausschuss für die Totenbestattung Bericht darüber zu erstatten. Sollte die Kirche auf ihrem extremen Standpunkt beharren und sich in keine Verhandlungen einlassen, so wird der Rat beauftragt, eine Vorlage zur Errichtung eines Gemeindefriedhofs einzubringen. — Schon vor längerer Zeit ist ver-sucht worden, die Gemeinde Großdörf der Stadt einzuverleihen, da die Interessen beider Gemeinden in der Grenzstraße einer Klärung hinsichtlich der Beschließung bedürften. Jetzt ist nun die Gemeinde Großdörf bereit, mit Taucha über eventuelle Einverleibung zu verhandeln. Am 8. November soll eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeindevertreter von Großdörf und einer Kommission der Tauchaer Stadtratsordnungsung darüber verhandeln. — Eine rege Aussprache und sogar Sitzungsunterbrechung brachte die Wahl der Delegierten zum Gemeindevorstand in Dresden. Die Stadt hat 2 Vertreter zu entsenden. Vom Rate wird vorgeschlagen, einen Vertreter von rechts und einen von links zu entsenden, darüber muß ein Ratmitglied sein. Von linksseitiger Seite wird Stadtrat Vertram vorgeschlagen, während jede der Linksparteien einen Vor-schlag bringt. Da beide der Linksparteien über 5 Stimmen verfügen und eine gütliche Einigung sich nicht erzielen ließ, wird per Stimmzettel abgestimmt. Dabei zeigte sich, daß der Stahl-im-vertreter im Stadtparlament für die Kommu-nisten gestimmt hatte, während die 2 Hausbesitzer weiße Stimm-zettel abgaben. Trotz der Zerstückelung konnte nicht verhindert werden, daß Genosse Stod als Delegierter gewählt wurde. — Vom Betriebsaus-schuss wird vorgeschlagen, die Wasserleitung in der Som-merfelder Straße bis zu den geplanten Neubauten sowie in der ersten Querstraße einzulegen. Die Kosten belaufen sich auf rund 3900 Mk. Gleichzeitig soll auch das Erdbeben in diesen Straßen mit beendet werden. Die Kosten betragen 2500 Mk. Die Mittel sind eventuel aus der Erneuerungsrücklage zu nehmen. — Einklimmig wird beschlossen, eine Aenderung der Verlegung des Hochspannungs-labells nach dem Großdörf Steinbruch vorzunehmen, dadurch werden 1900 Mk. Mehrkosten erforderlich. — Der Bezirksverband hat für dieses Jahr 22 000 Mk für Straßenbaukosten in Aussicht gestellt, wenn die vorgesehene Straßenausbesserungen durchgeführt werden. Aus Stadtmitteln sind aber dazu noch 28 500 Mk. erforderlich. Der Kinemaschluß macht den Stadtratsordnungs den Parkhaus, die Straßenausbesserungen durchzuführen und die Mittel durch Anleihe zu beschaffen. Vom Bauausschuss wird vorgeschlagen, die Sommerfelder Straße von Leipziger Straße bis zur Straße 1 neu auszubauen. Die Fußwege sollen 2.50 Meter breit, die Fahrradwege 1.50 Meter breit werden. Die Straße muß um etwa 85 Zentimeter gehoben werden. — Die Kellerräume der früheren Metallgießerei sollen ausgebaut werden, da sich ein Meter befinden hat. Die Kosten belaufen sich auf 930 Mk. — Auf Veranlassung des Bezirksrates macht sich die Erneuerung der Bumppe und der Sohle des Abflusrohrens in der Klär-anlage erforderlich. Einklimmig werden die Kosten in Höhe von 650 Mk. bereitgestellt.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde dem Verkauf von 3 Bau-nischen vom Hunschen Mon unter den üblichen Bedingungen (Reichshelmstätte) gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

Rebertswitz. Einbruch in eine Gartenkolonie. In der Nacht zum 5. Oktober 1928 wurden aus 2 Gärten in der Zwiderischen Gartenkolonie in Rebertswitz mittels Ausbrechen eines Vorriegelstößes und Einbrüchen einer Fensterleiste 18 Hühner, 1 graues abgeändertes Militärhähnchen, 1 graue Zeltbahn, 1.50x1.50 groß, gestohlen. Die Spur führt in die Nähe des Monarchenhilfens auf die Staatsstraße nach Leipzig. Da der Täter sein Diebesgut in einen Sack verpackt haben muß, ist es nicht aus-geschlossen, daß Personen Mittelungen über den Täter machen können. Wahrnehmungen erbitte die Gendarmerei Rebertswitz-witz oder die nächste Polizeistelle.

Knauthain. Aus dem Gemeindevorstand. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde beschlossen, die Ester-fischerrei und eine der Gemeinde gehörende Wiese am Gewirg

neu zu verpacken. Herrn Paul Kühn wurde eine Baubehilfe in Höhe von 500 Mk. von der bürgerlichen Mehrheit bewilligt. Die Gewährung eines Wohnungsbaudarlehens in Höhe von 800 Mk. an den Zimmermann Hermann Bartmuh fand Zustimmung. Das Darlehn soll hypothetisch festgelegt werden. Man nimmt Kenntnis, daß das Gemeindevorstand in diesem Jahre mit einem Beitrage von 175.55 Mk. abschließt. Als Delegierter zum städtischen Gemeindevorstand wurde der Bedienstete Berger mit 6 Stimmen der Bürgerlichen gewählt. Die Beschaffung eines zweiten Motors für die Kläranlage wurde abgelehnt. Die Reinigung des Schleusenbeckens durch die Stadt Leipzig fand Zustimmung. Beschlossen wurde, im kommenden Jahre die Schul- und Hauptstraße neu zu bestrohen und die noch fehlenden Bordsteine in der Hauptstraße und beiderseitig der Schulstraße einbauen zu lassen. Beschlossen wurde ferner, in der Rehbacher Straße bis zur Wähle Kreisstraße die elektrische Leitung legen zu lassen. Der Einbau der Schleuse und das Lege der Wasserleitung wird wegen der hohen Kosten vorläufig abgelehnt.

Anschließend erstattete Herr Berger einen unvollständigen Bericht über die am 16. Oktober im Rathaus Knauts-kleeberg unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns Dr. Bähler statt-gefundenen Verhandlungen wegen der Verschuldung der beiden Gemeinden Knautshain und Knautsleeberg. Obwohl Genosse Löwe die Rückständigkeit der Gemeinde Knautshain auf vielen Gebieten scharf geheierte, unterließ es Herr Berger, etwas darüber mitzu-teilen, welche Vorteile die Zusammenlegung beider Gemeinden bringen würde. Bei jeder Gelegenheit jetern die Knautshainer bürgerlichen Gemeindevorordneten über die kolossale Schuldenlast Knautsleebergs. Dabei konnte der Herr Amtshauptmann Dr. Bähler anlässlich der Verhandlungen mitteilen, daß das Stammvermögen Knautsleebergs 260 000 Mk. und das von Knautshain 215 000 Mk. beträgt. So sieht die „kolossale Verschuldung“ Knautsleebergs aus! Immer wieder betonte Herr Berger, wir wollen eine bürgerliche Gemeinde bleiben. Am Ende bestimmen das aber nicht die Herren Berger und Pauli allein, sondern die Wähler Knautshains werden entscheiden, ob sie den Fortschritt haben wollen, oder als rückständig angeprochen werden wollen.

Pöggau. Revolutionsfeier. Am 9. November ver-anstaltete die Sozialdemokratische Partei in Gemeinschaft mit der Sozialistischen Arbeiterjugend und den Arbeiterkämpfern im großen Saale des Volkshauses eine Revolutionsfeier. Beginn 20 Uhr. Die Ausgestaltung des Programms hat die Sozialistische Arbeiter-jugend übernommen. Der Eintritt beträgt 30 Pfennig. Pro-gramme können jetzt bei unseren Partei- und Jugendgenossen entnommen werden.

Eilenburg. Mittelalterliche Hochgerichtsstätte. Bei Ausschachtungsarbeiten am Erweiterungsbau der Umpan-nung Landkraftwerke Kulkwitz, der sich an der Leipziger Land-straße und dem Abzweig der alten Salzstraße nach Plehmens be-findet, wurde von Bauhandwerkern eine größere Anzahl menschlicher Gebeine ans Tageslicht befördert. Der Kunde steht hier an der Eilenburger Hochgerichtsstätte, wo mehrere Jahrhunderte lang bis zum Jahre 1821 die Hinrichtungen am Galgen stattfanden.

Ein Opfer seines Dialektes

SPD Odenburg, 6. November.

Die drei blutigen sächsischen Kupferschmiede Richter, Scharms und Zimmermann hatten im Frühjahr dieses Jahres, nachdem sie knapp aus der Lehre waren, das Glück, auf der Marinewerft in Wilhelmshaven Arbeit in ihrem Beruf zu bekommen. Alle drei wohnten in dem sozialdemokratisch verwalteten Käfertingen, der Schwesterstadt von Wilhelmshaven. Hier nahmen sie an den Bestrebungen ihrer freigewerkschaftlichen Or-ganisationen teil, führten aber im übrigen noidegedungen ein zurück-gehaltes Leben, zumal der Lohn der jugendlichen Gesellen nicht gerade erheblich war.

Ein Abend im September dieses Jahres sollte ihnen nun un-angehlich werden. Die drei Kupferschmiede hatten einen Reichs-bannerzug besucht und befanden sich auf dem Heimwege durch einen Stadtteil von Käfertingen. Die Einwohner dieser Gegend sprechen ihr Plattdeutsch. Den drei sächsischen Kupferschmieden wurden nun ob ihres Dialektes, der den herben Norddeutschen komisch erschien, Spotworte nachgerufen. Sie kamen mit einheimischen Jugend-lichen und Kindern in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf der leicht erregbare neunzehnjährige Herbert Richter aus Dresden-Neustadt sein Taschmesser zog und auf einen der dreizehn-jährigen Schulknaben einschlug. Dieser brach blutend zusammen und verstarb in wenigen Minuten.

Wegen des „komischen“ Dialektes der Sachsen war eine schwere Bluttat geschehen! Herbert Richter, der unbedachte Tot-schläger, ein Waisenkind — seine Mutter starb während des Welt-krieges, sein Vater verunglückte tödlich im Dienste der Dresdner Feuerwehre — flüchtete. Er wurde nach einigen Stunden in seiner Leierwohnung verhaftet und später ins Untersuchungsgefängnis nach Odenburg übergeführt. Der junge Täter, der in einer ver-hängnisvollen Aufwallung eine arme Familie um ihren hoffnungs-vollen Sohn brachte, hatte selbst ein typisches Proletariatskind durchgemacht. Zu Ostern dieses Jahres war er bei seiner Gesellen-prüfung mit einem Diplom ausgezeichnet worden.

Dieser Tage hatte er sich vor dem Schwurgericht in Oden-burg wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verant-worten. Dennoch beantragte der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis bei anderthalbjährigem Strafaufschub.

Ein neuer Indizienmordprozess. Nachdem in diesen Tagen vor dem Schwurgericht in Eisen der schwere, auf Indizien basierende Prozess gegen den des Lustmordes beschuldigten Primmer Hus-mann beendet worden ist, wird demnächst im Ruhrgebiet ein neuer Mordprozess in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten, der sich gleichfalls auf Indizien stützt. Angeklagt sind der Bruder und der Vater des im Juli dieses Jahres erschos-senen und dann in den Rhein-Herne-Kanal geworfenen Bureau-angestellten Ernst Dresch aus Gelsenkirchen. Der Verdacht gegen beide baut sich auf Zeugenaussagen auf und wird durch einige aus der Untersuchungschaft geschriebene bestohende Kaffee-verkäufe verstärkt. Die Anklageschrift ist bereits fertiggestellt worden. Der neue Sensationsprozess, für den mehrere Tage vorgelesen sind, dürfte Anfang Dezember beginnen.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 7. November.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus, 19.30 Uhr. Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr. Ortsverein Plagwitz-Lindenu-Schleuzig, Schloß Lindenseis, 20 Uhr.

2 bzw. 3 Haar-Waschungen für 30 Pf.

Dann bitte nur Helipon verwenden. Dieses milde Kopf-waschpulver verschönert alle Haare (blonde und dunkle) wunderbar. Es erbt bestimmt nichts Besseres für Ihr Haar!

Öffentliche Bekanntmachungen

Großhändl. öffentl. gemeinschaftliche Sitzung des Stadtrates und der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 8. November 1928, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Rathes, Tagesordnung: 1. Gemeindefinanzlage zur Grund- und Gewerbesteuer. 2. Antrag öffentl. Stadtverordnetenversammlung, 2. Gelde des Naturheilvereins um Bürgschaftsübernahme für ein 1310-Mark-Darlehen aus der Sächsl. Wohlfahrtskasse, 3. Wiederwahl des Bürgermeisters betr.

Verkauf

Wir bringen

morgen **Donnerstag** und **Sonntag** wiederum einen sehr großen Vorrat unserer beliebten u. preisgünstigsten

Maß-Hühner

zum außerordentlich billigen Preise von **22,- 1,25 pro Pfund** zum Verkauf **Ebenso Enten und Gänse.**

Delikatessengeschäft Müller
Windmühlstraße 17, Tel. 17375.

Starke Hasen

frisch eingetroffen **Hainstraße 21**
Durchgang, Laden 15.

Wo kaufen Sie Ihre Möbel?
Wo werden Sie gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie sich vertrauensvoll an

Möbelhaus Hermann Fontius

Leipzig-Gohlis
Hallische Straße 106

Reiche Auswahl! Niedrige Preise!
Langjährige Garantie!

Auf Kredit Damen-Garderobe mit kleiner Anzahlung **Scherbel**
Markt 2 (Barbanelle)

Auf Kredit Damenmäntel von 20 Mk. an Kleider v. 12 Mk. an bei wüchsentl. Abschlung von 2 Mk. an **J. Wieselberg**
Kornmarkt 12, 1.

Von Herrschaften wenig getragene **Herr-Garderobe** bill. zu sehr billigen **Verkaufspreisen**
Kornmarkt 12, 1.

Stopp-Tisch-u. Chaiselonguesdecken mit bequemster **D. Wadewitz Nachf.**
Windmühlstr. 17, 1

Auf Kredit Schlafzimmer mit 5 Mark Anzahlung **Hans Hoffmann**
Solelstraße 10, 1. Etage

Sofa 100.-, **Anz. d. d. d. d.** **Chaisel.** 45.-, **Polster.** 20.-, **Polster.** 15.-, **Polster.** 10.-, **Teilzahl ohne Anzahlung**
Gulay Röhl
Calvisiusstraße 18 Hof.

1 Speisezimmer 2 Mr. gr. **Büff.** **schwere Ausführung**, 7 Monate benutzt, verkauft billig **Möbel-Rauschig**
Karl-Heine-Str. 81
Spiegel, Kleiderb. **Stühle, Boudoir.** **Solelstr. 21, 1.**

Kaufgesuche
Kaufe **Flotte, gesunde** **fräftige, 1 Jahr alte** **Postreierhündin**. **Händler, Tauchaer**
Str. 32, Aufg. B. 11.

Diverses
Wagne **bleim** **eben**, **m. Frau** **Erna** **heiler**, **Weidenburgstraße 15**, **etwas** **z. born**, **da ich** **keine** **Schulden** **aus-** **komme**. **Amt** **Heller**.

+ Alithe +
Sanitätshaus **modern**, **hyg. komf. Artikel**
M. Thees, **Leipzig 33, Henriett-** **straße 4** **Auswärts-** **vorhand.** **Tel. 41882**
Wuppenreparaturen **aller Art** **billig**
Gewandnähen **Wuppenrepar.**

Täglich frisch von der Jagd **la starke Hasen** **5.-** an **Rillen, Rollen, Rüste im einzelnen.** **Hasen geliebt**

Prima Fleisch, ausgel. :: Fleischraut Pfd. 50,-
Fleischbratfleisch Pfd. 80,- bis 1.20 **Fleischrücken Pfd. 1.20 bis 1.50**
Rehrücken :: Rehrenten

la Dresdner
Hasermaß-Gänse **Pfd. 1.40**

Gänse ausgelachtet, halbe und viertel Gänse, Gänseleber
Junge sarte Brathühner in allen Größen.
Enten, Kochhühner.

la junge Hasen

Ernst Krieger, Burgstr. 16 * Tel. 72561
Tel 72561

An unsere werthen Inserenten

Unlänglich des 10. Gedenktages der Revolution erscheint unsere Nummer vom Donnerstag, dem 8. November, als

Revolutions-Gedenk-Nummer

Infolge der diesseitigen Ausgestaltung dieser Nummer wird dieselbe bei dem Leserpublikum, wie in der Öffentlichkeit überhaupt, besondere Beachtung finden / Eine höhere Auflage wird dieser Ausgabe Rechnung tragen / Auch der Inseratenteil wird deshalb eine weitgehende Beachtung finden, zumal diese Nummer zwei Tage aufliegt, da am 9. November unsere Zeitung nicht erscheint

Für diese Nummer vorgesehene Inserate bitten wir so frühzeitig wie möglich, spätestens aber bis Donnerstag, den 8. November, vormittags 9 Uhr, in unsere Hände gelangen zu lassen, damit eine sorgfältige Ausgestaltung der Inserate erfolgen kann / Bei telephonischem Anruf unter Nr. 72 206 erfolgt Vertreterbesuch

Verlag der Leipziger Volkszeitung / Abteilung Inserate
Tauchaer Straße 19-21

Für Jeden
Geschmack das Richtige
Teilzahlung
Auch ohne Anzahlung
an Beamte und Festangestellte
bei anerkannt billigen Preisen
Damen-, Herren-, Kinder-
Mäntel, Anzüge, Kleider
Kostüme - Paletots - Ulster
Eleganz-Geschäft

Wuhl
Brühl 10-12, II.
und auch Filiale Kreuzstr. 23, Laden.
Achtung! Sonnabends erst ab 5 Uhr
nachmittags geöffnet!

Aus Ihrem Stoff
kostet Sie die Anfertigung eines

29 **Anzuges oder Mantels**
mit meinen sämtlichen guten Zutaten
Mark
Tadelloser Sitz
Neueste Modelle
Ausführung II 38.-
Lieferg. schnell. Viel. Anerkennungsbriefe.

Gr. Fleischergasse 9 **a. Kaufh.**
Brühl

29.-
Mark
berechnen wir für Anfertigung von Anzügen oder Mänteln, elegant gut sitzend, haltbare Zutaten, Verarbeitung II

37.-
Mark
nur **Jakobstr. 6**
Nähe Altes Theater

Achtung!
Hoch. Herrenkleidung nach Maß, auch bei zugebrachten Stoffen, sowie sämtliche Reparatur, empfiehlt sich zu billigen Preisen **Wahlweberstr. 15**
Rudolph, Neubn.
Freumannstr. 15

Frack, Gehrock, Smok., Cat.-Anzüge, Blüverl., Belau. **Zeitler Str. 3**
Eingang Albertstr. 28

Frack-Dachs
verleiht alle Gesellschaftsaune **Hainstr. 8**

Piano Vermietung
Leihzahl **dort** **4**

Wohnungen
3. Ehepaar, Kinder 1-2 leere Zim., möbl. Dfen, 1. Hof, Off. u. B. 84 a Exp. d. Bl. **Tauch Str. 19-21**
Schlüssel bei einfachen Meuten im **Welten** **Leipzig** **bei** **Off.** **unt.** **6.** **85** **a** **die** **Ergeb.** **d.** **Blatt** **Tauchaer** **Str.** **19-21**

Stoffe nur von Sonder & Co
Peterstraße 16 I Etage

Warum?

Wash-Samt **2.65**
bedruckt, für Kleiderzwecke in neuen Dessins Meter

Wash-Samt **1.45**
Körper-Quallität in vielen Farben Meter 1.95 1.65

Schotten **75**
für Kinderkleider und Blusen Meter 1.15 95

Composé-Melange **1.95**
in modernen Farbtönen, ca. 95 cm breit Meter

Crêpe de Chine **3.00**
reinseltene Qualitäten, in großen Farbsortimenten Meter 3.90 4.90

Unsere Futter-Seiden **1.45**
halb- und kunstseidene Qualitäten, zu jedem Stoff passend Meter 2.55

Crêpe Satin **4.50**
Kunstseide für elegante Kleider Meter 4.50

Rips Ottomane **4.50**
mit gewohnt Abwech. mod. Farben, 130-140 cm breit. Meter 2.90 4.90

Rieseng-Posten Mantelstoffe **2.90**
teils mit ker. Abwech. reine Wolle, 140 cm breit. Meter 9.30 7.50 4.90

Weil!

beste Qualitäten und billigste Preise!

Bezieht euch bei euren Einkäufen auf diese Zeitung!

Was wird bestraft?
Alles, was man im Leben falsch macht, vor allem aber **eine verkehrte Ernährungsweise!**
Denn wer gesundheitlich nicht **voll und ganz auf der Höhe** bleibt, geht unter im Getriebe der heutigen Zeit. **Eine Notwendigkeit ist regelmäßige Fischkost!**

Wo
kauft man Fischwaren?
Bestimmt frisch — billig — gut in den Spezialläden der **D.D. Nordsee**
weil hier Riesenauswahl — reiche Auswahl — tägliche Zufuhr!

Beachten Sie auch in dieser Woche
unser Angebot in blutfrischen **Seefischen, Räucherwaren, Oelsardinen, Marinaden, prima Salzheringen**

Nimm
Erdal, das alte, gute Erdal zur Schuhpflege. Laß Dir nichts anderes aufreden. Ist es im einen Laden nicht zu haben dann sicher im anderen. Verlange und bestahe auf **Erdal**
Dazu Erdal-Kwak-Serienbilder!

Der Andant der Ruhrmagnaten

Wie das Reich ihnen half — Was sie bekamen und wie sie deflozierten

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch des Schlichters, der den Arbeitern der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets eine mäßige Lohnerhöhung zuspricht, für verbindlich erklärt.

Zahlung von 715 Millionen Goldmark

An die Schwerindustriellen des Ruhrgebiets und durch die einzuzahlende Kasse der Finanzbehörden gegenüber der Vermögensdeklaration der Schwerindustriellen des Ruhrgebiets Ende 1923, die vielfach nur etwa den 5. bis sogar 10. Teil oder in günstigen Fällen etwa den 3. Teil des wirklichen Vermögens ausmacht.

Am 20. Oktober 1923 schrieb Hugo Stinnes sen. als Vorsitzender der Sachverständigenkommission des Bergbauvereins in Essen an den Reichsfinanzminister Herrn Stresemann, er glaube die Forderungen zu können, für einen Zeitraum von etwa drei Monaten individuelle Lieferungsverträge mit den Franzosen abzuschließen.

in erster Linie aus den Steuergrößen der deutschen Arbeiter und sonstigen Lohnempfänger bezahlt worden zugunsten der schwerreichen Ruhrmagnaten.

zehnten ihr Vermögen und Einkommen versteuerten, gab es am 31. Dezember 1923 sogar nur 11 Steuerpflichtige (natürliche oder lebende Personen) mit einem gesamten Vermögen von 57 812 000 Mark.

Für Hugo Stinnes sen. und August Thissen sen. bleiben also zusammen nur 47 812 000 Mark Vermögen.

Jedermann in Deutschland und in Europa wußte damals, daß bei Wiederherstellung der Währung im Dezember 1923 Hugo Stinnes bei weitem der reichste Mann in Deutschland war.

Wenn August Thissen dasselbe Vermögen wie Hugo Stinnes deklariert hat, so konnte keiner von beiden auch nur 24 Millionen Mark angeben, da zweimal 21 bereits 42 Millionen Mark wären.

Wie können die 54 Millionen von August Thissen bei der ungeheuren Ausdehnung seiner Kohlenbergwerke und Hüttenanlagen im Jahre 1914 auf 17 Millionen zusammenschmelzen?

Und wie kann ein Schwerindustrieller, der nur 17 Millionen Mark Kapital hat, wegen Preisrückens seiner Firma und wegen Kohlenlieferungen durch einige Monate an die Feinde einen namhaften Teil einer Entschädigungssumme von 715 Millionen Mark von Seiten des Reiches in Anspruch nehmen?

Nachdem nun feststeht, daß Hugo Stinnes und August Thissen zusammen noch nicht einmal ein Gesamtvermögen von 48 Millionen Mark nach Wiederherstellung der Währung am 31. Dezember 1923 versteuert haben, so bleiben für die beiden andern Steuerpflichtigen mit je mehr als 10 Millionen Mark Vermögen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln nur rund 100 weniger 48 Millionen Mark gleich 82 Millionen Mark übrig.

Wie sehr die übrigen Ruhrmagnaten das Wohlwollen der Finanzbehörden ausgenutzt haben.

Die Landesfinanzämter Düsseldorf und Köln werden zu ihrer Entschuldigung im Hinblick auf das Eindringen der Feinde in das Ruhrgebiet mangelnd anführen können.

Wenn die Ruhrmagnaten den Spruch nicht kennen „noblesse oblige“ oder „Adel legt Pflichten auf“, so sollten sie doch als Geschäftsleute das alte deutsche Wort kennen: „Eine Hand wäscht die andere“ und sich dankbar daran erinnern, daß die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft ihnen durch das Verbot vom 31. Oktober 1923 in dem Brief Stresemanns an Stinnes die Mittel zum Aufstieg aus dem Tief der Inflation und des Ruhrstreiks (durch Ausnutzung des englischen Kohlengräberausstandes) an ihrem gegenwärtigen Reichtum geliefert haben, der bei Vermeidung jeder Aussperrung und jedes Ausstandes schon in fünf bis zehn Jahren den höchsten Stand vom Jahre 1914 wieder erreichen kann.

Rudolf Martin.

Ein neuer Geschäftszweig

In der Deutschen Bergwerks-Zeitung vom 4. November befindet sich folgendes Inserat:

M. Cosmann'sche

Eisen u. Metall A.G. Essen

Gegründet 1863

kauft

stillgelegte Betriebe

oder Teile davon zur Verwertung oder auf Abbruch

Die Firma dürfte in unserem Zeitalter der Rationalisierung große Umsätze und gute Profite erzielen.

20 Millionen Mark für die Landwirtschaft

SPD Der Reichsernährungsminister Dietrich hat am Montag vor Vertretern der württembergischen Landwirtschaft eine Rede gehalten, die sich in der Hauptsache mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm beschäftigte.

Daß sich das vom Reichstag gebilligte Not- bzw. Rationalisierungsprogramm nicht von heute auf morgen auswirken kann und daß keine erfolgreiche Durchführung weiterer Mittel bedarf, ist selbstverständlich.

Eigene Textilfabrik der GEG

In Oppach ist ein neues Textilunternehmen im Entstehen begriffen. Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine plant den Bau einer Färberei und Ausfärbungsanstalt.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 8. November.

- 14.30 Uhr: Bücherbesprechung der Sächsischen Landesbibliothek, Dresden: Dr. Helmuth Schneider: „Ruhrdeutsche Geschichte“
15.00 Uhr: Frohmeldeungen.
Anschließend: Schallplattenkonzert.
16.30 Uhr: Konzert: Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
18.05 Uhr: Steuerrundfunk
18.30—18.55 Uhr: G. von Eschen, C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
19.00 Uhr: Dr. Fritz Reuter, Leipzig: „Musik als Beruf“, 1. Vortrag.
19.30 Uhr: Prof. Dr. Paul Hantke, Berlin: „Sachen zur Zeit Augustus des Starlen“ I.
20.00 Uhr: Gesänge aus Opern. Mitwirkende: Charlotte Bieder (Soprano), Kammerlänger Georg Jottmann, Dresden (Bass), Theodor Blumer (Klavier), Hilgel: Köhler, I. Donzetti: Arie aus „Der Renegat“, Georg Jottmann, 2. Meyerbeer: Duett aus „Die Hugenotten“, 3. Weber: Arie aus „Oberon“ (Oscar, du Angeneuer), Charlotte Bieder, 4. Verdi: Duett aus „Die Macht des Schicksals“, 5. Verdi: Arie aus „Amelia“ (Der Tod sei mir willkommen), Charlotte Bieder, 6. Tschalkowski: Arie des Fürsten Gremis aus „Eugen Onegin“, Georg Jottmann, 7. Wagner: Joldes Liebestod aus „Tristan und Isolde“, Charlotte Bieder.
21.00 Uhr: Sante Musik. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Kettich, I. Offenbach: Ouvertüre zur Operette „Die Gräfin von Gerolstein“, 2. Redbal: Melodien aus der Operette „Faltenblut“, 3. Sibellius: Carola-Suite, 4. Richardy: Spanische Rhapsodie, 5. Ed. Strauß: Fische Geistes Wolger.
22.00 Uhr: Zantpranger,
22.05 Uhr: Vesselericht und Sportfunk.
22.30 Uhr: Zantfülle.

Eodom und Gomorrha

Roman von Carl Colbert.

Copyright by Drei Masten Verlag, München-Berlin

Die schöne Frau, die am Arm des berühmten Journalisten auf der Tribüne stand, erfaßte die geschichtliche Bedeutung des Augenblicks sehr gut.

Der glorreiche Augenblick war gekommen; der Minister war offenbar schon während des Gesprächs mit dem herrlichen Bankpräsidenten durch den Anblick der schönen Frau überfallen worden, deren dunkles Auge bescheiden und doch herausfordernd auf ihn gerichtet war.

Nicht ferne von der Gruppe, die jetzt den Mittelpunkt des Sonnenstems bildete, standen einige Herren, geduldig des Augenblicks harrend, wo auch auf sie ein glühender Lichtstrahl fallen würde.

„Ja, sie ist noch immer ganz hübsch!“, sagte einer, den Haltung und Sprechweise als Beamtin einer höheren Rangklasse erkennen ließen, „aber sie hat leider eine sehr unangenehme Gewohnheit.“

„Welche Frau hätte keine!“ bemerkte ein zweiter Herr. „Ja, aber ihre ist fast sehr unangenehm. Sie sucht fortwährend jemand, der für sie auf der Börse gewinnt.“

„Wieviel muß es denn sein?“ „Tausend Schilling. Das ist sozusagen der feste Tarif. Ein bißchen viel.“

In diesem Augenblick trat ein sehr blaß aussehender Herr auf den Sprecher zu: „Darf ich um ein Wort unter vier Augen bitten?“ Der so Angesprochene sah den Fremden kühl an, aber ein Blick auf die Knopflochseite mit einigen Ordensverzierungen veranlaßte ihn, mit einer kurzen Verbeugung zu folgen.

Aber in diesem Augenblick hatte der Minister das Gespräch mit der schönen Frau beendet und wandte sich der Gruppe der Herren zu, und bald darauf zeigten glühstrahlende Mienen, daß das freundliche: „Guten Abend, wie unterhalten Sie die Herren?“ des obersten Vorgesetzten, den kleinsten Zwischenfall vergessen gemacht hatte.

Im Wagen, der die schöne Frau und ihren Mann nach Hause brachte, gab es eine recht unangenehme Stimmung. Die schöne Frau war überglücklich gewesen. Mein Gott, man müßte keine junge Frau sein, wollte man nicht glücklich sein an einem Abend, wo man die anerkannte Ballkönigin gewesen war, zahllose Glückwünsche empfangen hatte und — das kränkte sie am meisten — auf den Minister einen so starken Eindruck gemacht hatte, daß die Beförderung ihres Mannes ganz sicher war, und trotzdem war er schlechter gelaunt als seit langer Zeit, gab auf ihre frohen Bemerkungen keine Antwort und tat überhaupt so, als ob ihn die Triumphe seiner Frau ganz unglücklich machten. So schwiege denn auch sie.

Als sie nach Hause gekommen waren, wünschte er ihr gute Nacht, er müsse unbedingt eine dringende Arbeit beenden, einen Bericht, der morgen zu übergeben sei. Damit ging er in sein Arbeitszimmer. Ihr war plötzlich ganz weh ums Herz, sie wußte selbst nicht, warum. Leise öffnete sie die Tür und sagte ihm noch einmal, so herzlich wie sie's vermochte: „Gute Nacht.“ Er wandte nur den Kopf zurück: „Danke!“ Dann begann er zu schreiben.

Als das Stubenmädchen zeitig früh in das Zimmer trat, kannte sie nicht wenig, daß die Lampe auf dem Schreibtisch noch brannte. Sie trat näher und sah zu ihrem Schrecken den Herrn im hohen Armstuhle zurückgelehnt sitzen. Zuerst glaubte sie, daß er bei der Arbeit eingeschlafen sei, dann aber bemerkte sie, daß er

tot war. Aus einer kleinen Wunde an der rechten Schläfe tröpfelte noch das Blut herab und auf dem Teppich lag der Kopf.

Die schöne Frau war Anfangs untröstlich. Man müßte sie Tag und Nacht unavogeleht bewachen, denn man fürchtete für ihr Leben. Später heiratete sie einen Verleumdeter, dessen Geschäft, dank der geschickten Mitwirkung seiner Frau, auf das glücklichste emporblühte.

IX.

Bei der Bank für Handel und Industrie hofft man.

Es gibt mehrere Gattungen Empfangszimmer, wie es auch mehrere Gattungen Banken gibt: Empfangszimmer, die durch den Luxus der Ausstattung dem Besucher zeigen, häufig auch nur zeigen möchten, wie reich und bedeutend die Bank sei; andere, deren vornehm stilvolle Einrichtung — jeder Sessel atmet Gediegenheit, jeder Sofaort weckt Annehmungen bedeutender Beträge — die gebührende Großbankstellung ausdrückt; endlich die Bank von altem Rang und Adel, deren tief gemurzelter Ruf es nicht nötig hat, auf Verkaufsflecken zu achten.

Ganz besondern Eindruck machen die Bilder auf den dunkelbraunen Ledertapeten mit dem leichten Goldton: aus Renaissance-rahmen bilden ernste Männer auf den Bekauener, Fürsten, deren Stammbaum in die Zeiten der Kreuzzüge zurückreicht, neben denen, deren Adel durch keine Millionen gutgemacht, was ihm an Alter fehlt, eine Ahnengalerie von Präsidenten, Vizepräsidenten und Generaldirektoren, auch einige gewöhnliche Verwaltungsgrößen der Bank für Handel und Industrie mit ungewöhnlichen Verdiensten darunter. Alle bilden auf den Besucher, als wollten sie, jeder in seinem Jargon, die einen aus jahrhundertalten Adelsstolz, andere aus jahrhundertalter Gewohnheit nüchtern fragen, ob er auch zu den Schnorrern gehöre, die sich für Millionäre halten, weil sie ein paar Tausend Millionen besitzen. „Und noch dazu Millionen, von denen fünfzehn auf eine christliche Million gehen!“ schreit der alte Fürst Dunkelberg zu seinem Nachbarn, dem ersten Freiherrn der Frankfurter zu: Sie haben ein Recht, die schamgeborenen Milliarden von heute zu verachten, denn gebiegener, fester begründete haben sie kommen und gehen sehen, seitdem sie von Waldmüller, von Amerling und Ungel für den Empfangsalon des ersten Generaldirektors gemalt worden sind. (Fortf. folgt.)

Die Ballade vom Kriegsdienst verweigernden Soldaten

Es kam ein toter Soldat zurück, Im Einzelmarich, ohne Rede und Blut. Der hatt' keinen einzigen Orden — Und es gab doch so viele Sorten — Mit Gott für Kaiser und Reich. Über die Jung hing ihm blau und did aus dem Mund. Er wollte nicht schießen und stehen, der Hund!

Vor zehn Jahren

Erinnerungen des Genossen Jabena aus der Zeit, die sich groß vorfand. Was man aus Liebe tut... Unsere Ausbildung ging in einer kleinen mittelmäßigen Garnison vor sich. Nach einem ziemlich gemütlichen Drill von kaum neun Wochen Dauer wurden wir ganz unverhofft mobil.

Wohnungsnot 1915.

Unser Feldrekrutendepot in der Champagne besaß wunderbare Quartiere! Ein Beispiel dafür. Am Ende des Dorfes befand sich ein Gutshof, der ein willkürliches Herrenhaus hatte. In diesem Herrenhaus, dessen zahlreiche Zimmer sehr vornehm mit Polstermöbeln, Teppichen usw. ausgestattet waren, wohnte, wie der gewesene Leiter schon erraten haben wird, der Herr Major, der Führer des Rekrutenlots mit seinem Adjutanten.

Jedem das Seine!

In einem Feldrekrutendepot der Westfront lernte ich gleich in den ersten Tagen nach meiner Ankunft den Kompanieloch als Landsmann kennen. Auf meine Frage, wo denn das Fleisch zu den vielen Knochen sei, die in einem Kessel brodelt, sagte er: „Da mußt du morgen nachmittags gegen 5 Uhr einmal überkommen, wenn wir Fleisch empfangen, da werde ich dir es zeigen.“

Schätzung nach etwa 4 bis 5 Pfund, und verschwand damit. Gleich darauf erschien der Kassinoch, schimpfte zunächst über die Kracke, die sie uns wieder aufgehängt hätten und schälte dann von der Außenseite mehrere Stücke dertes und durchwachenes Fleisch ab, wohl gut 20 Pfund. Er tröste ab mit den Worten: „Morgen früh hole ich mir noch was zur Suppe!“

Puppen.

Wer war Puppen? Etwas eine schlanke Madeleine oder Luise? — Beileide nicht. — Puppen war ein Bestandteil des schon mehrfach erwähnten Rekrutendepots, und zwar einer seiner edelsten Bestandteile; Puppen war ein Leutnant! Eine jener attrappenhähnlichen Figuren, die man eigentlich der staunenden Nachwelt ausgestopft überliefern sollte.

Die Musik ist nicht von Schubert

Das ist das Notwendigste, was wir gelegentlich der Erläuterung des beliebten und berechtigten „Dreimädlerhaus“ im Neuen Operetten-Theater festzustellen haben. Es ist unangehörig, daß im Programm steht: Musik von Franz Schubert. Darunter muß: Musik unter Benutzung Schubert'scher Melodien angegeben werden.

Kleine Chronik

Der Notenkocher-Männerchor feierte in seinem Konzert Franz Schubert, aus dessen über 30 Kompositionen für Männerchor Erich Seidel geschickt ausgewählt hatte; und er brachte die schwersten nicht zu scheuen, da der Chor auf beträchtlicher Höhe steht.

händigsten das reichhaltige Programm durch zwei sauber gespielte Violinsonaten.

Der Leipziger Lehrergesangverein bietet in seinen Konzerten am 17. und 18. November im Gewandhaus ein großes Programm, dessen erster Teil dem Gedächtnis Franz Schubert's gewidmet ist und neben einer D-Dur-Quartette die Chorwerke „Gesang der Geister über den Wassern“, „Der Entsetzten“, „Nachtmusik“, „Grab und Mond“ umfasst.

Neues Theater. Karl August Neumann singt im „Waffen-Schmied“ (Donnerstag, den 8. November) hier zum erstenmal den Graf Liebenau; Otto Salmann in „Martha“ (Sonntag, den 11. November) zum erstenmal den Lord Trilhan.

Schauspielhaus. Am Sonnabend, 17. November, findet im Schauspielhaus ein einmaliges Gastspiel der Reinhardt-Bühnen statt. Zur Aufführung gelangt Iphigenie auf Tauris von Goethe, in der Bearbeitung und Inszenierung Richard Beer-Hofmanns.

Musikpädagogische Tagung

Die Ortsgruppe Leipzig des Reichsverbandes deutscher Tonkünstler und Musiklehrer veranstaltete eine musikpädagogische Tagung am Freitag und Sonnabend im Städtischen Kaufhaus. Die musikpädagogischen Tagungen der letzten Zeit an diesen Orten waren reichlich von Erfolgen bei den Behörden, von Wirtungen bei der Masse ist kaum etwas zu hören.

Am einfachsten liegen die Verhältnisse beim Thema: Konseratorium und Musiklehrerziehung, wofür Sigrid Karg-Ewert sehr geschickt berichtete. Die Kompetenzverhältnisse zwischen Universität und Konseratorium brauchen uns hier nicht zu beschäftigen. Für die Verwirklichung der Anstalt und eine Befreiung der Hilfskräfte werden wir immer eintreten.